Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur sonntags vom 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690.

Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für Ausland: Karl Preisner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

7. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 30. Dezember 1931 — Nummer 217

Die bürgerliche Presse meldet:

„Streikvorbereitungen im Ruhrgebiet!"

„Zentraler Kampfausschuß gebildet . Versammlungen in fast allen Betrieben"

„Streikausbruch wahrscheinlich am 2. Januar!"

Die bürgerlichen Zeitungen von heute morgen bringen unter obiger Ueberschrift aufsehenerregende Meldungen über Streikvorbereitungen, die im Ruhrgebiet getroffen werden. So meldet der Dresdner Anzeiger:

„Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet in ihrer Mittwochmorgenausgabe in großer Aufmachung, daß sich im Ruhrgebiet ein kommunistischer „Zentraler Kampfausschuß der Ruhrbergarbeiter" gebildet habe, der sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterschaft wende, um einen umfassenden Massenstreik der Betriebe mit Unterstützung der Erwerbslosen und aller Wohlfahrts-, Notstands- oder Pflichtarbeiter auf breitester Basis vorzubereiten."

Diese Meldung wird durch die Dresdner Nachrichten, die sich ebenfalls auf den Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung stützt, ergänzt:

„Auf vielen Werkanlagen hätten in den letzten Tagen Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen getagt, um die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar solle eine „Alarmsitzung" aller revolutionären Organisationen abgehalten werden.

Der eigentliche Streik werde wahrscheinlich am 2. Januar beginnen. Besondere Aufmerksamkeit solle der Arbeit innerhalb der freien und der christlichen Gewerkschaften gewidmet werden. Für den 1. Januar wird ein Mieterstreik proklamiert.

Ferner komme in Frage die Bildung der sogenannten Erwerbslosenkassen zum Schutz der Streikenden. Auch sei vom 2. Januar an der Besuch der Wohlfahrtsämter und Rathäuser geplant."

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, aus der die Meldungen stammen, ist das Organ der Schwerindustrie am Rhein und an der Ruhr. Diese Zeitung verfügt über einen, vom Zechenverband des Ruhrgebiets gut organisierten Nachrichtendienst. Von diesem Nachrichtendienst stammte auch der von uns gestern veröffentlichte Geheimbericht des Zechenverbandes über den Ruhrstreik vom Oktober 1931. In diesem Geheimbericht wurde besonders auf die einheitliche und geschlossene Streikfront aller Arbeiter hingewiesen. Freigewerkschaftliche, christliche und Reichsbannerarbeiter beteiligten sich aktiv am Streik, in den Kampfausschüssen und bei dem Streikpostenstehen. Wenn deshalb in den Berichten über die gegenwärtigen Streikvorbereitungen nur von den Kommunisten die Rede ist, so nehmen wir an, daß genau so wie im Oktober

sich die Arbeiter aller Richtungen in einer Kampfstimmung befinden und an den Streikvorbereitungen beteiligt sind.

Das geht auch aus einer Meldung des Ruhr-Echos, die unter der Ueberschrift **„Gärung in den Ruhrbetrieben"** veröffentlicht wurde, hervor. Das Ruhr-Echo schreibt:

„Essen, 28. Dez. Die erste Arbeitsschicht nach den Weihnachtstagen führte in den Metall- und Baubetrieben des Ruhrgebiets zu **erregten Diskussionen und Empörungs-Ausbrüchen.** Alles spricht über den am 2. Januar zu erwartenden **Lohnabbau.** Erregte Gruppen-Debatten werden insbesondere aus den Betrieben **Krupp,** Rheinhausen, den Hamborner Thyssenschächten, vom **„Bochumer Verein",** von der Krupp-A.-G., Essen, und aus anderen Industriebetrieben des Ruhrbezirks berichtet. Auf der Schachtanlage Mont-Cenis 1/3 **beschlossen sämtliche Betriebsräte, in engster Einheitsfront zu kämpfen; die Annahme eines betrieblichen Kampfprogrammes wurde einstimmig beschlossen.** Ueberall wird in Schacht und Hütte **der Ruf nach Einheit und zum revolutionären Zusammenschluß laut."**

Diese Tatsache der wachsenden Kampfstimmung und der immer fester werdenden Einheitsfront, ist weder der Rheinisch-Westfälischen Zeitung noch den Unternehmern unbekannt. Sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter werden von den Vorstößen der Unternehmer, von immer weiter gehenden Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen genau so betroffen, wie die kommunistischen Arbeiter. Hunger und Not leiden nicht nur die Frauen und Kinder der Kommunisten, sondern genau so die der Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen. Erst jetzt wird wieder vom Rheinisch-Westfäl. Kohlensyndikat **die Entlassung von 20 000 Bergarbeitern** für die nächste Zeit angekündigt. Erwerbslosigkeit bedroht alle Arbeiter.

Wie ernst die Lage im Ruhrgebiet ist, geht auch daraus hervor, daß die Unternehmer bereits alle Vorbereitungen gegen den Streik treffen. Wie im Oktoberstreik sind es neben der Gewerkschaftsbürokratie, die faschistischen Organisationen auf die sich die Unternehmer stützen. Besonders der „Bochumer Verein" sammelt heute schon seine Garden. Alle Stahlhelmer werden in Sonderappells zusammengefaßt, um der Direktion zur Verfügung zu stehen. Sogar ehemalige Stahlhelmer müssen sich bei ihren früheren Führern bzw. in der Privatwohnung des Direktors Letizerant, bei einem Direktor des „Bochumer Vereins", melden. Hier müssen die ehemaligen Stahlhelmer des Werkes angeben, welche Facharbeiten sie zu leisten imstande sind. Direktor Letizerant eröffnete den Leuten, es würden „wichtige Ereignisse eintreten die zu einer Wiedereinstellung dieser ehemaligen Stahlhelmer in den Betrieb führen könnten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Ereignisse Streiks der Belegschaften sein würden".

Auch die „Technische Nothilfe" im Bochumer Gebiet hat ihre Mitglieder alarmiert. So wurden über die eigene Mitgliederschaft hinaus sogar noch ehemalige Hochofenarbeiter des „Bochumer Vereins" zu den Teno-Führern bestellt. Hier wurde ihnen mitgeteilt, **die Teno-Kolonnen für den „Bochumer Verein" beständen nach wie vor weiter und müßten sich zu „wichtiger Arbeit" bereit halten.**

Die Arbeiter erkennen aber auch immer mehr, daß

sich ihre Kampffront gleichzeitig gegen die Bürokratie der freien und christlichen Gewerkschaften richten muß.

Diese Gewerkschaftsbürokratie hat in den vergangenen Kämpfen nicht nur jeder Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestimmt, sondern durch **Organisierung von Streikbrechergarden jeden Kampf abgewürgt.**

Wir haben diese, zum größten Teil von den bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Tatsachen ausführlich wiedergegeben, weil nicht nur im Ruhrgebiet, sondern überall von den Unternehmern Vorstöße zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Wirtschaftslage der Arbeiter gemacht werden.

Deshalb: Hinein in die RGO! Schafft in jedem Betrieb eine RGO-Betriebsgruppe. Bildet überall die rote Einheitsfront.

Neue Herabsetzung der Fürsorgesätze in Dresden geplant!

Dresden, den 30. Dezember

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, besteht im Dresdner Stadtrat der ungeheuerliche Plan einer erneuten Herabsetzung der Fürsorgesätze. Der Stadtrat wird noch vor Neujahr zu dieser Frage Stellung nehmen, um bereits ab 1. Januar die Hungerbeiträge zu kürzen.

So unglaublich diese uns zugesandte Mitteilung auch klingen mag, ist angesichts der Praxis des Stadtrates kaum daran zu zweifeln, daß der Abbauplan von der aus Hochbesoldeten bestehenden Mehrheit des Külz-Bührer-Rates genehmigt wird. Ein Sturm der Empörung wird nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern bei der gesamten werktätigen Bevölkerung das Echo der neuen Hungerpläne sein.

Lohnabbau für Steinkohlenkumpels

Schiecks Neujahrsgeschenk an die Bergherren / Bergarbeiter, schafft die rote Einheit!

Der sächsische Landesschlichter hat auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember eine bindende Entscheidung dahin getroffen, daß sowohl die Löhne der Arbeiter wie die Gehälter der Angestellten vom 1. Januar 1932 ab um 10 v. H. gekürzt werden. Die Regelung ist in beiden Fällen zunächst unkündbar bis zum 30. April 1932.

Durch diese Entscheidung werden die Löhne der sächsischen Steinkohlenarbeiter, die schon vor dieser Kürzung mit 6,69 Mark Schichtlohn auf den Stand von 1927, wo 6,49 Mark pro Schicht gezahlt wurden, faktisch **auf den Stand von 1924 herabgedrückt.**

Obwohl die Verhandlungen im sächsischen Steinkohlenbergbau am 28. Dezember fortgesetzt werden sollten, verzichtete der Schlichter darauf und kürzte sowohl den Angestellten wie den Arbeitern die Löhne.

Vergleicht man die Löhne von 1924 bis jetzt und bringt damit die gesteigerte Ausbeutung der sächsischen Kumpels in Verbindung, so zeigt sich, daß die Löhne tatsächlich **unter dem Stand von 1924 liegen,** was durch folgende Tabelle klar zum Ausdruck gebracht wird.

	Schichtlöhne		Durchschnittsleistung pro Schicht	
1924	4,65	Mark	471	Kilogramm
1925	5,99	„	560	„
1926	6,45	„	586	„
1927	6,91	„	634	„
1928	7,58	„	659	„
1929	7,83	„	658	„
1930	7,70	„	702	„
1931 (März)	7,15	„	770	„
1931 (Oktober)	6,69	„	770	„

Während also die Löhne seit 1929, wo sie ihren Höhepunkt erreichten, um 1,14 Mark pro Schicht abgebaut wurden, ist eine ununterbrochene Leistungssteigerung bis jetzt zu verzeichnen.

Zu den durch die Notverordnung diktierten Hungerlöhnen kommen ab 1. Januar gewaltige Verschlechterungen in der Knappschaftsversicherung, unter anderem der Wegfall des Sterbegeldes für Frauen und Kinder. Die Renten der Invaliden werden gekürzt, den Unfallrentnern, die noch 20 Prozent ihres Lohnes verdienen, sollen in Zukunft die Renten vollkommen gestrichen werden.

Die Empörung der Kumpels ist ungeheuer. Die SPD-Presse und die Gewerkschaftsbürokratie versuchen sie mit Preissenkung und „kleinerem Uebel" zu besänftigen. So schreibt z. B. das Sächsische Volksblatt vom 28. Dezember unauffällig auf einer Lokalseite unter einem Phrasenschwall von „schreiender Ungerechtigkeit" folgendes: „Es gilt nun, das größte Augenmerk darauf zu richten, daß die versprochenen Preissenkungen in dem Umfange eintreten, wie es von der Regierung versprochen wurde."

Die Rebellion der Gewerkschaftsmitglieder greift auch auf die fanatischen SPD- und BAV-Mitglieder über. Auf einer vor einigen Tagen abgehaltenen Bezirkskonferenz forderten sozialdemokratische Delegierte offen den Kampf gegen den Lohnabbau.

RGO-Vormarsch in Betrieben!

Solingen, 30. Dezember. (Eig. Meldung.)

Hier fanden die **Betriebsratswahlen für die Straßenbahn** statt. Es erhielten an Stimmen:

RGO	**152 (im Vorjahr 141)**	**3 Mandate**
Reformisten .	84 (im Vorjahr 126)	1 Mandat
Christliche . .	82 (im Vorjahr 116)	2 Mandate

Bei der vorjährigen Wahl waren 418 Belegschaftsmitglieder wahlberechtigt und in diesem Jahre nur 355. Im Verlauf des Jahres 1931 wurden 63 Mann entlassen, von denen 50 Anhänger der RGO waren. Das Wahlergebnis ist eine **schlagende Antwort an die Notverordnungspolitiker** sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschaftsbürokraten.

Siegesfanfaren des Sozialismus

Schluß der Tagung des ZK der Sowjetunion

Moskau, 28. Dezember

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion wurde heute nachmittag geschlossen. In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse erklärte Gen. Petrowski: Der Plan des weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues im Jahre 1932 ist klar vorgezeichnet. Die Befriedigung der weitgehenden Bedürfnisse der Werktätigen wird auf dieser Grundlage zu neuer Höhe gebracht.

Wie der Versuch der Organisierung eines Anschlags auf den japanischen Botschafter in Moskau gezeigt hat, werden internationale Intrigen gesponnen zur Schaffung der Voraussetzungen eines Angriffes auf uns. Indem wir den Fünfjahresplan in vier Jahren erfüllen, werden wir angesichts dieser Gefahr wachsam sein.

Mögen jene, die uns angreifen wollen wissen, daß die Werktätigen der Sowjetunion, wenn dies geschehen sollte, gleich einer unerschütterlichen Mauer ihr Land schützen werden.

SPD an der Spitze der Kriegshetze gegen die Sowjetunion

Dresden, den 30. Dezember.

Als am Montag die ganze Welt von der Aufdeckung des Attentatsplanes eines tschechischen Botschaftsmitgliedes in Moskau erfuhr, wagten nicht einmal die bürgerlichen Blätter die Enthüllungen der GPU zu unterschlagen oder abzuschwächen. Während z. B. der Dresdner Anzeiger die gesamte Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion abdruckt und betont, daß man kaum annehmen könne, daß dieser Attentatsplan frei erfunden sei, brachte es das sozialdemokratische Organ, die Volkszeitung, fertig, eine Rigaer Meldung unter der Ueberschrift zu veröffentlichen: „Ein erfundener Mordplan?" Schließlich brachte sie ohne jeden Kommentar die Meldung der tschechischen Regierung, wonach der Provokateur „ein Opfer der GPU" geworden sei, weil er seit längerer Zeit „unbequem" erschiene. „Vanjek sei keineswegs die Persönlichkeit, die sich in eine Affäre einlassen würde, wie sie ihm jetzt von Moskau unterschoben würde. Die Dresdner Volkszeitung befindet sich dabei in ausgezeichneter „Gesellschaft". Die Nazipresse beteiligt sich eifrig an dieser Antisowjethetze. Aber auch das Blättchen der „linken" Agenten des Herrn Wels, die SAP-Zeitung, überschreibt in ähnlicher Weise die Meldungen: „Mysteriöses aus Moskau — Angebliche Attentatspläne gegen japanischen Botschafter."

Die National- und Sozialfaschisten haben damit den internationalen Antisowjethetzern einen wertvollen Dienst erweisen wollen, indem sie den sozialdemokratischen Arbeitern die entlarvte ungeheuerliche Provokation als von der GPU erfunden hinzustellen versuchen. Daß es sich bei der Stellungnahme der Volkszeitung keineswegs um eine zufällige „Entgleisung" handelt, sondern um eine wohldurchdachte Offensive der SPD zur Steigerung der Kriegshetze gegen die Sowjetunion, zeigt noch deutlicher die Kommentierung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und der Sowjetunion. Dieser Nichtangriffspakt, der nur die konsequente Fortsetzung der Friedenspolitik der Sowjetunion darstellt und der nichts anderes bedeutet als die Dokumentierung dieses Friedenswillens des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, ist angesichts der japanischen Kriegsprovokation von besonderer Bedeutung. Dafür wird er im Sächsischen Volksblatt in schamlosester chauvinistischer Weise verleumdet. „Zwei Diktatoren reichen sich die Hände — Stalin und Pilsudski in Front gegen Deutschland" so überschreibt der sozialfaschistische Redakteur in Zwickau seinen Hetzartikel, in dem nicht nur den japanischen, englischen und amerikanischen Imperialisten, sondern auch dem französischen Militarismus und seinen tschechischen Agenten die „Argumente" gegen Rußland in die Hand gespielt werden. Wörtlich schreibt der Soldknecht der Interventionisten:

„. . . und dann ist der Augenblick gekommen, wo die Entscheidung fallen muß, wer Lieferant für diesen sich langsam erschließenden gewaltigen Markt sein wird. Rußland kämpft um diesen Markt mit allen Mitteln. Seit der Tätigkeit, die Heinz Neumann, der Henker von Kanton, ausübte, ist bis heute ein ununterbrochenes Wirken Rußlands, das in der letzten Zeit sich stark steigerte, in China zu bemerken. Japan führt jetzt am Nonnifluß Krieg gegen China, um Rußland den Weg nach China zu verbauen."

Diese schamlose, der Kapitalisten- und Nazipresse entlehnte Argumentation, wird nicht etwa durch irgendeine einschränkende Bemerkung gegen den japanischen Imperialismus abgeschwächt, sondern sogar noch in seiner Spitze gegen die Sowjetunion verschärft. Die sozialdemokratische Journaille behauptet anschließend, daß der polnisch-russische Nichtangriffspakt eine Anerkennung des — Versailler Systems und der Vergewaltigung der Minderheiten in Polen durch Pilsudskis Faschistendiktatur darstelle. Das wagt ein Parteigenosse der polnischen Sozialverräter zu schreiben, die Pilsudski erst in den Sattel halfen, die Seite an Seite mit dem polnischen Faschistenregime die illegal arbeitende Kommunistische Partei Polens denunzieren und die die Aufrechterhaltung des Versailler Systems durch die Stützung der kapitalistischen Regierungen ermöglichen.

Die Schamröte muß allen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern ins Gesicht steigen, wenn sie feststellen, daß die Hetze ihrer Parteiführer gegen die Sowjetunion sogar über das hinausgeht, was sonst von der bürgerlichen Presse in dieser Beziehung geleistet wird. Das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung haben bereits die Lüge von der „Anerkennung des Versailler Systems" durch diesen Nichtangriffspakt widerlegen müssen. Noch deutlicher wird die Niedertracht der sozialdemokratischen Pressehetze durch den heutigen Leitartikel des Dresdner Anzeigers zu dem Attentatsplan unterstrichen. Dieser Leitartikel ist bezeichnenderweise überschrieben: „Ein neues Sarajevo?" Schon mit dieser Ueberschrift kennzeichnet das bürgerliche Blatt die gewaltige Bedeutung des enthüllten Attentatsplanes. Gegenüber den tschechischen Ableugnungsversuchen stellt der Anzeiger ausdrücklich fest:

„Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß das russische Außenministerium mit der Anschuldigung gegen Vanjek und der Forderung nach seiner Entfernung aufgetreten wäre, wenn es nicht die dafür notwendigen Beweise vorlegen könnte. Hätte aber anderseits Dr. Benesch die schleunige Abreise Vanjeks am Abend des 1. Feiertags veranlaßt, wenn er es nicht für notwendig befunden hätte, ihn zum sofortigen Verhör nach Prag zu berufen?"

Und wie eine direkte Antwort an die primitive Hetze der Volkszeitung mutet folgender weiterer Absatz an:

„Die Annahme in Prag, daß die GPU der Leute, die ihr unbequem werden, sich dadurch zu erledigen suche, daß sie sie bloßstelle, klingt nicht sehr überzeugend, denn die Tscheka hat ganz andere Mittel zur Verfügung, um ihr unangenehme auswärtige Diplomaten zu beseitigen."

Nachdem der Artikelschreiber die russische Meinung über die Interventionsabsichten der kapitalistischen Mächte wiedergegeben hat, berichtet er von der Konzentration französischer Streitkräfte an der Grenze Südchinas und vom Ueberfliegen der chinesischen Grenze durch französische Flugzeuge. Er stellt weiter fest, daß selbstverständlich die Sowjetunion der japanischen Offensive gegen China ablehnend gegenüberstünde und erklärt dann:

„Die Lage zwischen Japan und Rußland ist also einigermaßen gespannt, und eine Kugel auf den japanischen Botschafter in Moskau, selbst wenn sie ihr Ziel verfehlte, könnte durch diplomatische Entwicklungen die Ereignisse überstürzen. Das Attentat in Sarajevo 1914 genügte ja auch, um den Weltbrand zu entfachen und in Asien sind die Flinten schon jetzt losgegangen. Es ist ein „Krieg im Frieden", der sich aber durch einen diplomatischen Zwischenfall zu einem offiziellen Krieg verwandeln könnte."

An anderer Stelle, im Zusammenhang mit den Meldungen über den neuen japanischen Vorstoß in der Mandschurei, bringen wir bereits einen weiteren Absatz, in dem der Artikelschreiber ganz offen die Möglichkeit einer internationalen Intervention mit dem Zweck der Beseitigung der Sowjetregierung zugibt, und von besonderer Bedeutung ist sein Hinweis, daß auch die Vereinigten Staaten Manöver größten Stiles an der kalifornischen Küste vorbereiten, die im Zusammenhang mit den Vorgängen im Fernen Osten stehen. Wörtlich erklärt er dazu:

„Die Entfaltung der amerikanischen Macht im Stillen Ozean bedeutet weit mehr als eine militärische Uebung. Sie ist eine Sammlung der Streitkräfte an lebenswichtiger Stelle für eine entscheidende Stunde . . ."

Offen und unverhüllt stehen die Interventionspläne der kapitalistischen Mächte und die planmäßige Vorbereitung des imperialistischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion vor den Augen der Werktätigen! Was in dieser Stunde und in der Situation der verschärften faschistischen Offensive zur wirtschaftlichen und politischen Knebelung der Arbeiterklasse in Deutschland die Unterstützung der antirussischen Hetzkampagne durch die SPD-Presse bedeutet, das wird wohl auch jedem ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, jedem proletarischen Mitglied der SAP, jedem Freigewerkschaftler klar sein. Die offene Einheitsfront der beiden Flügelgruppen des Faschismus in Deutschland, der Nationalsozialisten und der sozialdemokratischen Arbeiteraristokratie, zur Unterstützung der Kriegshetze gegen die Sowjetunion, zeigt, wie weit die Dinge bereits gediehen sind. Um so lauter und eindeutiger müssen die Arbeiter und unter ihrer Führung die übrigen werktätigen Schichten den Kampfwillen gegen diese Kriegshetzer demonstrieren. Geht es doch um das Sein und Nichtsein des Bollwerks des Sozialismus, der Sowjetmacht, und damit um die Interessen der werktätigen Massen in allen Ländern. Die Vorbedingung dafür ist die Brechung des Einflusses der Antisowjethetzer in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in allen Arbeiterorganisationen und Verbänden, und der erste Schritt dazu muß die Vernichtung der letzten Reste des Einflusses der Hetzpresse sein. Bei den breiten Massen der Arbeiterklasse ist der Charakter solcher offen faschistischen Blätter, wie des „Freiheitskampfes", längst erkannt, während die „Volkszeitung" sich noch immer als „Organ für die Interessen der werktätigen Massen" aufzuspielen wagt. Die Entlarvung als Sprachrohr der kapitalistischen Interventionen gegen Sowjetrußland muß jetzt dazu dienen, den Arbeitern, die ihr bisher noch glaubten, die Augen über den Charakter dieser Presse zu öffnen.

Die große Offensive der Kommunistischen Partei zum Volksbegehrt der 100 000 und zur Stärkung der revolutionären Organe der Arbeiterklasse muß gerade angesichts der drohenden Kriegsgefahr hundertfach gesteigert werden. Mit der Gewinnung der Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen, der Angestellten und Beamten in den Büros, der Landarbeiter und Kleinbauern in den Dörfern und der werktätigen Mittelschichten der Städte muß die Massenwerbung für die Arbeiterstimme und das Sächsische Volksecho aufs engste verknüpft werden. Das soll eine erste Antwort an die antibolschewistischen Kriegshetzer und Provokateure sein!

5% Mieterhöhung statt Mietsenkung!

Durchführungsbestimmung Schlecks: Ab 1. April Millionengeschenk an Hausbesitzer!

Die sächsische Regierung hat jetzt die Ausführungsbestimmungen zur 4. Notverordnung betreffend die Wohnungswirtschaft veröffentlicht. Diese geben den Mietern restlose Klarheit über das, was von den Abbauversprechungen gehalten wird. Die mit so großem Tamtam von der SPD und den Bürgerlichen als Mietsenkung für die Mieter gepriesene Notverordnung wird zu einer Mieterhöhung und zu einem ungeheuren Geschenk an die Hauspaschas. Das geht aus dem Abschnitt über die Mietsenkung unzweideutig hervor. In den Neubauten ist statt mit einer Senkung mit einer Mieterhöhung bis zu 5 Proz. zu rechnen. So schreibt der Dresdner Anzeiger:

„Die Vorschriften über Neubaumieten bestätigen den in der Oeffentlichkeit immer mehr vorherrschenden Eindruck, daß in zahlreichen Fällen ein fühlbarer Mietnachlaß nicht gewährt werden kann. Soweit die Hypotheken mit 6 Prozent und darunter verzinslich sind, werden keine Zinsersparnisse erzielt, die Raum für eine Mietermäßigung lassen. Wenn Hypotheken aus ausländischen Mitteln gegeben sind, entfällt ebenfalls die Zinssenkung und damit die Mietermäßigung. Denn nach § 7 Kap. 3 der Reichsnotverordnung können dem Auslande gegenüber die Zinsen nicht herabgesetzt werden."

Damit wird bestätigt, was wir bei Erscheinen der Notverordnung voraussagten. Die bürgerliche Presse, die die Mietsenkung in den rosigsten Farben malte, muß aber heute selbst eingestehen, daß sie gelogen hat. Der Anzeiger schreibt nämlich wörtlich weiter:

„Es ist jetzt ganz klar, daß eine Senkung der Neubaumieten bis zu 15 Prozent, von der die Reichsregierung anfangs gesprochen hatte, nur in ganz wenigen Sonderfällen in Betracht kommt."

Wir sagen: Sie kommt für die werktätigen Mieter überhaupt nicht in Frage. Im Gegenteil, selbst der Anzeiger muß offen zugestehen:

„Nach der Verordnung des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums über Umlegung von Betriebskosten kann sogar der Fall eintreten, daß die Friedensmiete bis zu 5 Prozent erhöht wird."

Also 5 Prozent Erhöhung, statt Senkung! Damit ist die vorlogene Anpreisung der Notverordnung der SPD-Führer als „Eingriff in das Eigentumsrecht der Kapitalisten" restlos entlarvt. Der Eingriff wird nur durchgeführt bei den breiten Massen der werktätigen Mieter. **Was für die Neubauten zutrifft, gilt im gleichen Maße für die Altmieten.** Dort tritt zwar ab 1. Januar eine Mietsenkung in Kraft, der Hausbesitzer ist aber nach der Verordnung der sächsischen Regierung berechtigt, die in den letzten Jahren erfolgten Steigerungen der Betriebskosten auf die Miete aufzurechnen, so daß praktisch, da ihnen dieser Nachweis immer gelingen wird, statt der 10prozentigen Mietsenkung eine nur 6—8prozentige eintritt. Auch diese ist für die Mieter, die von der Mietzinssteuer befreit sind, ab 1. April 1932 wieder illusorisch gemacht.

Von diesem Datum ab hat die Schleckregierung durch eine Verordnung den Hausbesitzern 20 Prozent der Mietzinssteuer geschenkt.

In der Praxis bedeutet das: Jeder Erwerbslose, der heute in der Altbauwohnung wohnt und am 1. Januar eine zehnprozentige Mietsenkung erhält, muß am 1. April, weil von diesem Zeitpunkt ab das Geschenk für die Hausbesitzer in Kraft tritt, **10 Prozent mehr Miete zahlen als vor dem 1. Januar.**

Diese Tatsachen werden den werktätigen Mietern die Augen öffnen! Jetzt gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren für den roten Volksentscheid, gegen das Schleck-Regime!

Zahlungseinstellung bei Bleichert & Co.

Die von der Firma Adolf Bleichert & Co. AG in Leipzig seit Monaten geführten Sanierungsverhandlungen sind endgültig gescheitert. Ein gerichtliches Vergleichsverfahren ist eingeleitet worden. Die Zeche haben auch hier wieder die Arbeiter zu bezahlen. Nachdem bereits in den letzten Monaten Dreiviertel der Belegschaft entlassen war, ist erst kürzlich weiteren 435 Arbeitern und Angestellten gekündigt worden. Die Restbelegschaft von 200 Arbeitern und Angestellten erhält nunmehr ebenfalls die Kündigung. Die Zahl der „leitenden Persönlichkeiten" blieb aber nach wie vor bestehen. Von den drei Vorstandsmitgliedern und den 22 Prokuristen wurde nicht einer abgebaut!

„Einsatz der Wehrmacht im Reich und Grenzschutz"

Wichtige Bekanntmachung der Reichsregierung / Die neue Militär-Eisenbahnordnung

Unter der obenstehenden Ueberschrift veröffentlicht die „Deutsche Allgemeine Zeitung" folgende Mitteilung:

„Die Reichsregierung veröffentlicht nach Zustimmung des Reichsrates eine neue Militär-Eisenbahn-Ordnung in der u. a. folgende Bestimmungen für den Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz enthalten sind:

Der Reichswehrminister vertritt die Interessen der Wehrmacht an der militärischen Benutzung der Eisenbahnen. Er gibt hierfür die leitenden militärischen Gesichtspunkte und stellt die militärischen Forderungen.

Der Reichsverkehrsminister gibt die leitenden eisenbahnfachlichen Gesichtspunkte für die militärische Benutzung der Eisenbahnen. Er ordnet die notwendigen Maßnahmen an und überwacht ihre Ausführung. Er verkehrt hierbei unmittelbar mit den Eisenbahnverwaltungen.

Bahnhofsoffiziere werden im Bedarfsfalle durch den Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister eingesetzt.

Der Reichsverkehrsminister erhebt durch die Eisenbahnverwaltungen fortlaufend die erforderlichen statistischen Nachrichten, die ein genaues Urteil über die Leistungsfähigkeit der Bahnen ermöglichen und die nächstbevorstehende Entwicklung erkennen lassen müssen. Die Eisenbahnverwaltungen haben dem Reichsverkehrsminister die Unterlagen wichtiger baulicher Aenderungs- und Erweiterungsvorhaben so rechtzeitig vorzulegen, daß er auf die Entwurfsgestaltung hinsichtlich der Benutzung der Eisenbahnen durch die Wehrmacht einwirken kann. Die militärische Ausnutzung des Eisenbahnnetzes muß sich im Rahmen der vorhandenen Leistungsfähigkeit halten.

Beim Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz ist jedoch die Leistung einzelner Strecken für besonders dringende Transporte bis zur Grenze der betrieblichen Möglichkeiten zu steigern. In solchen Fällen ordnet der Reichsverkehrsminister im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister das Erforderliche an. Die Eisenbahnverwaltungen haben nötigenfalls den öffentlichen Verkehr zeitweilig einzuschränken.

Beim Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz hat die Deutsche Reichspost bei Störungen der bahneigenen Nachrichtenmittel mit ihren Nachrichtenmitteln derart Aushilfe zu leisten, daß die Beförderung der für die Vorbereitung und Durchführung der Militärtransporte notwendigen eisenbahndienstlichen Anordnungen sichergestellt ist. Art und Umfang der zu leistenden Aushilfe hat der Bahnbevollmächtigte mit dem Postbevollmächtigten zu vereinbaren."

Während die Reichsregierung in allen Veröffentlichungen bisher es scharf abgestritten hat, daß ein Einsatz der Reichswehr innerhalb Deutschlands beabsichtigt sei, wird in den amtlichen Richtlinien ständig vom Einsatz der Reichswehr „im Reich" gesprochen. Daß damit nicht ein Fall gemeint sein kann, wo durch eine Invasion Teile des deutschen Reiches besetzt sind, sondern daß damit der Einsatz der Reichswehr bei „Unruhen" vorgesehen wird, unterliegt keinem Zweifel. Aus Notverordnungsgründen, die jeder Arbeiter verstehen wird, enthalten wir uns jeder weiteren Kommentars zu diesen amtlichen Feststellungen.

Neue Offensive Japans

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erfährt, daß eine neue japanische Offensive gegen Kintschau einsetzen wird. Ueber 50 000 Mann hat Japan zusammengezogen und der Kaiser hat bereits die Entsendung weiterer Truppen nach der Mandschurei genehmigt. Die Stadt Hsinnin ist kampflos besetzt worden, da die verräterische Generalität der chinesischen Regierung die Truppen aus Kintschau und seiner Umgebung zurückgezogen und die gesamte Truppenmacht hinter die Große Mauer dirigiert.

Diese neuen Vorstöße des japanischen Imperialismus stellen eine ungeheure Verschärfung der Kriegsgefahr dar. Selbst die bürgerliche Presse muß bereits zugeben, daß der japanische Vormarsch mehr und mehr eine Interventionsvorbereitung gegen die Sowjetunion darstellt.

Der Dresdner Anzeiger erklärt heute in einem Leitartikel:

„Aber für die dann hinter dem tschechischen Diplomaten wirkenden Kräfte, die nicht nur in Prag, sondern in Frankreich, vielleicht auch in Amerika und London zu suchen sind, hätte der Gedanke, Rußland in einen neuen Krieg gegen Japan zu verwickeln, und dadurch die Stabilität des herrschenden Regimes in Rußland, den Bolschewismus, zu erschüttern, durchaus etwas Verlockendes."

Die Interventionspläne sind unleugbar aufgedeckt. Jetzt weiß die deutsche Arbeiterklasse, was hinter den Völkerbundstiraden vom Frieden und der Abrüstung steckt.

Das Baseler Dokument – eine Bankrottbilanz

Aus dem Wortlaut des Gutachtens – Eine Bankrotterklärung des Kapitalismus – Es bleibt beim Youngplan

Das Gutachten des Beratenden Sonderausschusses der Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ. gleich Reparationsbank), der vom 9. bis zum 23. Dezember in Basel getagt hat, liegt jetzt im amtlichen Wortlaut vor. Das Dokument umfaßt den eigentlichen Bericht und fünf Anlagen, enthaltend den Wortlaut des deutschen Antrages auf Einberufung des Ausschusses und die Berichte der Unterausschüsse über die deutsche Auslandsverschuldung, über die deutschen Auslandsguthaben, über den Reichshaushalt und über die Lage der Reichsbahn.

Das Baseler Gutachten entrollt ein düsteres Bild von der Lage des kapitalistischen Deutschland und von den Perspektiven der Zukunft. Es ist ein drastisches Eingeständnis des Bankrotts des kapitalistischen Systems. Mit vollem Recht bezeichnet der Pariser „Temps" das Baseler Dokument als eine „Bankrottbilanz". Um dem Leser ein Bild von dem Inhalt dieses Dokuments zu geben, veröffentlichen wir im folgenden einige der markantesten Absätze im Auszuge.

In den Fängen der Krise

Das erste Kapitel des eigentlichen Gutachtens beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands. Schon der erste Absatz dieses Kapitels ist ein klägliches Eingeständnis des kapitalistischen Niedergangs:

„Die Weltdepression, die vor mehr als zwei Jahren einsetzte, hat sich ständig verschärft, bis sie zu der Kreditkrise dieses Sommers führte. Jedes Land ist durch die Krise erschüttert worden, aber in Deutschland wie auch in einigen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas waren ihre Wirkungen verheerend. Die ungeheuren Abzüge von Auslandskrediten führten zur Lahmlegung des deutschen Bankensystems und spannte die Reserve- und Kreditlage der Reichsbank auf das äußerste an. Um die Währung zu schützen, war es notwendig, einschneidende Devisenkontrollmaßnahmen zu treffen, welche die bereits bestehende ernste Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit verschärften. Den Höhepunkt des auf der ganzen deutschen Wirtschaft lastenden Druckes bildete die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, deren Maßnahmen in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel sind."

Deutschlands Schuldenlast

In den folgenden Abschnitten des ersten Kapitels gibt das Gutachten einen Ueberblick über den Stand der deutschen Auslandsverschuldung, der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, über die finanzielle Lage der Reichsbank, den Stand der Produktion und Beschäftigung, den Reichshaushalt und die Bilanz der Reichsbahn.

Die deutschen kurzfristigen Kredite beziffert das Gutachten bis Ende Juli 1931 mit annähernd 12 Milliarden Mark. Das Stillhalteabkommen, das Ende Februar abläuft, bezieht sich nur auf die Hälfte dieser 12 Milliarden Gesamtschulden.

Der Ausfuhrüberschuß der Handelsbilanz brachte gegenüber den Kreditabzügen der letzten Monate einen gewissen Ausgleich, aber der Baseler Ausschuß muß gleichzeitig feststellen, daß es „zweifelhaft" ist, „ob die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin einen Ueberschuß in der seitherigen Höhe zulassen werden". „Zölle, Devisenkontrollmaßnahmen in anderen Ländern, Einfuhrbeschränkungen und Kontingente sind, zusammen mit der verschärften Konkurrenz, mit der Deutschland infolge der Entwertung des Pfundes und anderer Währungen zu rechnen haben muß, geeignet, die deutsche Ausfuhr zu hemmen."

Die Lage der Reichsbank wird charakterisiert durch die katastrophale Abnahme der Gold- und Devisendeckung und die Aufblähung des Notenumlaufs. Die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank, die Anfang Juni 1931 noch 2578 Millionen Mark betrug, ist bis zum 15. Dezember auf 1161 Millionen Reichsmark gesunken, von denen nicht weniger als 630 Millionen Mark auf Rediskontkredite anzurechnen sind. Prozentual fiel die Deckung des Notenumlaufs auf 11,7 Prozent. Der Notenumlauf selbst ist von 4,3 Milliarden im Dezember 1930 auf 4,6 Milliarden gestiegen.

Ein Drittel der Industrie stillgelegt

Einen niederschmetternden Einblick in den Niedergang des kapitalistischen Systems gewährt der Abschnitt des Gutachtens, der sich mit dem Stand der Produktion und Beschäftigung in Deutschland befaßt:

„Um so weit wie möglich seine Stellung gegenüber dem Ausland zu schützen — den Reichsmarkkurs und den Ausfuhrmarkt —, hat Deutschland eine zielbewußte Politik einschneidender und scharfer Senkung des Lohn- und Preisniveaus betrieben ... Setzt man die Industrieproduktion des Jahres 1928 mit 100 an, so fiel der Produktionsindex im September 1931 auf 66 — mit anderen Worten, ein Drittel des industriellen Lebens in Deutschland ist stillgelegt. Durch die allmähliche Schrumpfung der Tätigkeit in Industrie und Handel ist die Erwerbslosigkeit weiter gestiegen. Die Zahl der Erwerbslosen (ohne die Kurzarbeiter) hatte bei einer Gesamtzahl von etwa 21 Millionen Arbeitnehmern am 1. Dezember 1931 eine Höhe von 5 Millionen erreicht. Von der Krise wurde auch die deutsche Landwirtschaft schwer betroffen.. Um einen allgemeinen Zusammenbruch zu vermeiden, mußte finanzielle Hilfe geleistet und Schutzmaßnahmen getroffen werden, die beinahe einem Moratorium gleichkommen."

Die Wirtschaftskrise hat den deutschen Reichs- und Staatshaushalt in völlige Verwirrung gebracht. Alle Maßnahmen der Reichsregierung haben die weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches nicht verhindern können. Darüber sagt das Gutachten:

„Dieser (wirtschaftliche. Die Red.) Rückgang zusammen mit den Kosten für die Durchhaltung des wachsenden Erwerbslosenheeres hat bei den deutschen öffentlichen Finanzen eine kritische Lage geschaffen ... In Anbetracht der Maßnahmen, die mit Bezug auf Steuern und Ausgaben in den vier in den beiden letzten Jahren erlassenen Notverordnungen, namentlich in der letzten vom 8. Dezember 1931, getroffen worden sind, ist der Ausschuß der Auffassung, daß die Steuerlast so hoch geworden ist, daß für eine weitere Erhöhung kein Spielraum ist."

Reparationen und Krise

Das zweite Kapitel des Gutachtens untersucht die „Umstände und Verhältnisse, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben". In diesem Kapitel wird zunächst der Verlauf der Krise geschildert, die nacheinander alle Sphären des kapitalistischen Wirtschaftslebens erfaßte und von einem Land auf das andere übergriff. Auf dem Hintergrund der Krise ist der widerspruchsvolle Charakter der internationalen Reparations- und Schuldenverpflichtungen kraß in die Erscheinung getreten. Darüber sagt das Gutachten:

„Solange die zu zahlenden Leistungen durch Anleihen an das Schuldnerland ausgeglichen wurden, trat dieses Dilemma nicht in Erscheinung. Sobald jedoch solche Kapitalbewegungen aufhörten, wie es im Herbst 1929 der Fall war, zeigte sich, daß die Zahlungen letzten Endes nur in Gestalt von Waren geleistet werden können."

Hier offenbart sich die ganze Schwierigkeit des Reparationsproblems. Die Zahlung von Reparationen ist abhängig von einer außerordentlichen Vergrößerung der Ausfuhrüberschüsse. Die Krise jedoch setzt der Ausdehnung des Außenhandels immer unübersteiglicher werdende Schranken. Zu diesen Schwierigkeiten kommt für Deutschland noch die gewaltige Belastung mit langen und kurzfristigen Schulden. Dadurch sind die deutsche Finanzwirtschaft und das Kreditwesen für „finanzielle Störungen besonders empfindlich".

Brünings Notverordnungen

Im dritten Kapitel gibt das Gutachten einen Ueberblick über die Notverordnungen der Brüningregierung seit Juli 1930. Der Ausschuß spendet der Brüningregierung ein großes Lob, insbesondere für ihre Maßnahmen zur Senkung der Löhne und Gehälter, der Erwerbslosenunterstützungssätze, der Sozialversicherungssätze usw. sowie für die entschlossene Erhöhung der Massensteuern.

Trotzdem aber scheint dem Ausschuß das Ergebnis aller dieser Maßnahmen ziemlich zweifelhaft: „Die Frage, inwieweit die genannten Maßnahmen erfolgreich sein werden, kann gegenwärtig nicht beantwortet werden."

„Vorboten neuer Katastrophen"

Im vierten Kapitel faßt der Ausschuß seine „Schlußfolgerungen" zusammen. Der Ausschuß muß feststellen, daß Deutschland angesichts der sich verschärfenden Krise nicht in der Lage sein wird, nach Ablauf des Hoover-Moratoriums den geschützten (!) Teil der Younggzahlungen zu transferieren (!), d. h. in Devisen umzuwandeln und den Gläubigern auszuzahlen. Das „deutsche Problem" drohe eine „steigende finanzielle Lähmung der Welt" herbeizuführen und erfordere daher ein „schnelles gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann".

„Wenn Katastrophen vermieden werden sollen, müssen sofortige Schritte unternommen werden. . . . Das Jahr 1931 ist noch nicht beendigt, und schon hat die Krise gewaltige Dimensionen angenommen; eine Währung nach der anderen kommt ins Wanken, und Schwierigkeiten häufen sich an, die, wenn nichts geschieht, Vorboten weiterer Katastrophen sein werden. . . Der wirtschaftliche Rückgang und die steigende Not haben eine allgemeine politische Unsicherheit mit sich gebracht, unter der die verängstigte Welt mehr und mehr leidet."

Das Gutachten, das mit solch alarmierenden Betrachtungen eine schnelle Regelung der Reparationsfrage fordert, enthält sich jedoch jeden konkreten Vorschlags. Es beschränkt sich auf die allgemeine Anregung einer „Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt", die ohne Verzug stattfinden müsse, um „neues Unheil" zu verhindern. Eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes müsse unweigerlich „das augenblickliche Chaos verschärfen".

Kommunistische Wahlerfolge in Australien

London, 28. Dezember. Die Kommunistische Partei erzielte bei den Parlamentswahlen in Australien ausgesprochene Gewinne, besonders in den Bundesstaaten Queensland, Victoria und West-Australien. Bei den Senatswahlen erhielten Genosse Paterson in Queensland 8555 Stimmen, Genosse Pattridge in Victoria 5923 Stimmen und Genosse MacKay in West-Australien 2304 Stimmen. Genosse Sharkey, der zum Senat in Neu-Süd-Wales kandidierte, erzielte 9702 Stimmen, 5 kommunistische Kandidaten zum Senat vereinigten 27 104 Stimmen auf sich. Bei den Wahlen zum Unterhaus erzielten die kommunistischen Kandidaten durchschnittlich je 1000 Stimmen, wobei die höchste Stimmenzahl 1773 und die niedrigste 453 betrug.

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

19. Fortsetzung.

„Empfehlen kann ich Ihnen, und ich darf Ihnen nichts", antwortete dieser. „Ich kann Ihnen höchstens helfen, wenn Sie es selbst wünschen und selbst verantworten. Ich tue schon sowieso alles, was mir möglich ist. Aber ein Eingriff, Sie wissen ja, was drauf folgen kann."

„Meinen Sie, daß ein Stift etwas schaden kann?", fragte Margot verzweifelt weiter. Glöckner belehrte sie, daß die Tropfen die Unterleibsorgane schwächen, bis die Frucht abgehe. Eine enorme Schwäche sei zweifellos bereits eingetreten, so daß man damit rechnen könne, daß ein Stift sehr rasch wirke. Aber er mache sie noch einmal darauf aufmerksam, daß er damit nichts zu tun habe. „Sind Sie damit einverstanden?"

Margot bejahte und wickelte den Stift, den sie mitgebracht hatte, aus. Nach Ansicht des Herrn Glöckner war er nicht lang genug und hatte nicht die richtige Schwingung. Er zeigte Margot ein geeignetes Exemplar und nannte den Preis: Zehn Mark.

Sie legte sich auf die Chaiselongue und ließ sich den sechs Zentimeter langen Hornstift in die Gebärmutter stoßen. Sie hatte kein Gefühl mehr dafür, was wohl der 38jährige Mensch von ihr denken mochte. Sie kannte den Schmerz von früher, aber dieser Schmerz war immer wieder von neuem so furchtbar, ging immer von neuem über ihre Kraft. Sie lag wie gelähmt, konnte die Hände nicht bewegen, um sich die Kleider überzudecken, trank apathisch aus dem Glas mit Wasser, das ihr Glöckner reichte.

Dann stand sie auf und stelzte nach der Tür. Aber Glöckner hatte Bedenken, daß sie die Treppe nicht gehen könne, oder die Bewohner des Hauses sie sehen, und er Unannehmlichkeiten haben könnte. Er bat Margot in die Küche, gab ihr einen Schluck schwarzen, starken Kaffee und sagte: „In einigen Minuten wird das besser sein. Bleiben Sie ruhig noch sitzen. Hier kommt niemand rein."

Es war ihr auch besser, als sich Glöckner wieder erkundigte. Wenn ein getretener und verlassener Mensch sich ungehemmt ausweinen kann, fühlt er sich immer etwas leichter.

Albert stand der Kur von Anfang an kritisch gegenüber. Als jedoch Frau Haberlein dann gestand, daß sie auch einen Arzt wisse, der für dreihundert Mark den Eingriff vornehme, schwieg er.

Als Margot nun zur Tür hineinwankte, sprang er erschrocken auf. Hilde verließ die Baracke und Herbert machte große, neugierige Augen. Albert half Margot auf das Sofa und zog ihr die Schuhe aus. Dann flüsterte er ihr zu: „Daß Du mir diesen Dreck nicht mehr nimmst, Margot! Siehst ja aus wie eine Leiche."

Margot war für die Teilnahme ihres Mannes unerreichbar. „Wenn man verreckt ist, hat man endlich Ruhe", sagte sie verächtlich. Albert schaute ihr sprachlos ins Gesicht, doch Margot fühlte, daß sie durch ihr Benehmen die Neugierde Herberts noch mehr aufstachelte. Auch Hilde kam wieder herein. Margot stand dann auf, ging an den Herd und fragte, ob sie schon gegessen hätten. Als sie hörte, daß man auf sie gewartet habe, setzte sie den Topf noch einmal aufs Feuer. Sie hatte die Kohlrüben schon gekocht, ehe sie ging. Dann deckte Hilde den Tisch und Mutter gab jedem seinen Teil. Wie immer.

Sie verrichtete auch ihre sonstige Arbeit wie gewöhnlich. Hilde mußte oft Ueberstunden machen, kam müde heim und freute sich, wenn Mutter ihre Strümpfe gestopft, ihren Arbeitskittel geflickt und ausgebessert hatte.

Herbert freute sich schon auf den Schulausflug mit dem Dampfer nach Hangschleuse. Mutter mußte seinen Sommeranzug noch waschen und flicken, die zu kurz gewordenen Strümpfe noch anstricken, Fußlinge annähen, Hildes altes Cape für ihn noch durchwaschen und ausbessern.

Albert hatte an diesem Tage, Montags, die dritte Schicht und wollte an dem Ausflug teilnehmen. So war Margot allein im Hause, konnte ein heißes Fußbad nehmen, um sich dann ins Bett zu legen. Sie wollte die eingeleitete Abtreibung beschleunigen, denn sie spürte starke Schmerzen im Unterleib und wagte nicht, den Stift zu entfernen. Sie hatte Angst, daß die Gebärmutter sich wieder schließen, die Frucht sich von neuem befestigen könnte. Es war ihr schon einmal passiert, als sie mit Netschen ging.

Als sie von der Haltestelle des Dampfers, mit dem Herbert und Albert abfuhren, zurückkam, spürte sie, wie ihr trotz der warmen Sonne ein Frösteln über den Rücken kroch. Als sie den Stift entfernte, blutete sie. Nachdem sie die Tür verschlossen und sich ins Bett gelegt hatte, krümmte sie sich vor Schmerzen im Leib. Sie lag bis Mittag, ohne etwas zu trinken oder zu essen, und fühlte, daß ihre Kräfte nachließen, daß ihre Besinnung schwand. Sie spürte, daß sie stark blutete, hatte aber keine Kraft mehr, sich aufzurichten. Sie wollte nicht so sterben, aber sie konnte nicht mehr schreien.

Als Hilde zurückkam und die Tür verschlossen fand, wartete sie ein wenig, ging in den Garten und fragte in der Baracke nebenan; doch niemand wußte, wo Mutter war. Dann sah sie zwischen den Gardinen durchs Fenster, zuckte zusammen und schrie auf. Sie hatte ihre Mutter liegen sehen, kalkweiß im Gesicht, die Haare an die Stirn geklatscht, die Hände seitlich ausgestreckt.

Hilde warf sich an die Tür daß diese krachend aufsprang. Der Schließbügel flog polternd in die Stube. Sie stürzte mit angehaltenem Atem an das Bett, starrte Sekunden auf ihre Mutter; da öffnete diese, als erwache sie aus einem Traum, die Augen.

„Mutter! — Was ist Dir?"

Mutter blieb kraftlos liegen. „Sei ruhig, Kind. — — Wird schon wieder vorübergehen. — — Ist Vater noch nicht da?" — —

Dann schloß sie die Augen wieder.

Hilde strich ihr die Haare aus der Stirn, wischte ihr den aus den Mundwinkeln sickernden Schaum fort. Einer Ahnung folgend, hob sie behutsam die Decke und sah, daß Mutter in einer Blutlache lag. Sie holte Frau Haberlein. „Bleiben Sie hier, ich will einen Arzt holen."

Sie ging, trotz der Proteste der Patienten in dem vollen Wartezimmer, sofort in das Arztzimmer. „Meine Mutter befindet sich in höchster Lebensgefahr. Sofortige Hilfe tut unbedingt not!" bat sie.

Aber es half ihr nichts. Welche Krankheit? Warum man so lange gewartet hätte, fragte der Arzt. Hilde wollte das nicht sagen. „Warum diese Fragen?" protestierte sie. „Sie stirbt, wenn niemand kommt!" Sie wiederholte ihre Bitte bei zwei anderen Aerzten und immer, wenn sie fragten: „Handelt es sich um einen verbotenen Eingriff?" schwieg Hilde verlegen oder sagte weinend: „Ich weiß das doch nicht! Ich kam von Arbeit und fand sie ohnmächtig im Bett." Dann würden die Aerzte ablehnend und erklärten, daß sie jetzt nicht kommen könnten. Sie gaben ihr den Rat, Mutter sofort ins Krankenhaus zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

GÖRLITZER

Für die Silvester-Feier:

GÖRLITZER Waaren-Einkaufs-Verein
FRISCHE LEBENSMITTEL

Alle zur Erzeugung einer richtigen Feststimmung nötigen **Leckerbissen und Delikatessen:**

Fleisch-Salat nur erstklassige Zutaten, mit vorzüglicher Mayonnaise, auf Bestellung geschmackvoll arrangierte Platten Pfund **100 ₰**

Feiner Ship-Malossol ¼ Pfund nur **80 ₰** **Allerfeinster Ship-Malossol** Auslese ¼ Pfd. nur **110 ₰**

Deutscher Kronen-Kaviar sehr feine Qualität, zum Garnieren und zu Soßen, ¼ Pfund nur **75 ₰**

Feinste Gänseleberpasteten stark getrüffelt, Terrinen zu **150, 200, 250 ₰** usw. **Pommersche Gänsebrust** zart und mild ¼ Pfund **85 ₰**

Wohlschmeckender Räucher-Aal in allen Größen vorrätig, Pfund nur **200** und **280 ₰**

Zarter, fettfließender **Räucher-Lachs** vom Scheit geschnitten, ¼ Pfund **60 ₰**, in Dosen von **55 ₰** an

Madeira-Ananas in prachtv., frisch. Frücht., je nach Größe St. etwa **300—500 ₰** dieselben werden auch geteilt abgegeben

Hocharomatische Hawai-Ananas in Scheiben, Dose **60** und **200 ₰**

In unserer Fischabteilung im Residenz-Kaufhaus:

Prächtige lebende **Silvesterkarpfen** in allen Größen vorrätig, Pfund von **90 ₰** an **Lebende Schleien** **Lebende Aale**

In unserem Spezial-Weingeschäft, Johannstr. 15, allen Filialen u. den Lebensmittelabteilungen im Reka u. Rennerhaus:

Wein, Schaumwein, Liköre, Spirituosen

Rum und Arrak

	¼ Fl.
Extraf. Jamaika-Rum-Verschnitt, 45%	450 ₰
Echter Jamaika-Rum, 50%	750 ₰
Echter Jamaika-Rum, Original, 75%	1100 ₰
Arrak de Batavia-Verschnitt, 40%	400 ₰
Echter Arrak de Batavia, Orig., 57,8%	1150 ₰

Weinbrände

	¼ Fl.
Deutscher Weinbrand, „Rotflegel"	400 ₰
Deutscher Weinbrand, Dujardin blau	450 ₰
Deutscher Weinbrand, „3 Stern"	500 ₰

Punsch-Essenzen und Schwedenpunsche
von den berühmtesten Fabriken

	¼ Fl.	¼ Fl.
Rotwein-Punsch-Essenz	450 u.	500 ₰
Burgunder-Punsch v. Selner, Düsseldorf		700 ₰
Kaiser-Punsch von Mienhaus, Düsseldorf		750 ₰
Cederlund-Genuine-Caloric-Punsch		650 ₰
Schwedenpunsch von Kahlbaum, Berlin		600 ₰

Vorzügliche Bowlen-Weine

	¼ Fl.
Rheinwein	von 90 ₰ an
Moselwein	von 100 ₰ an
Deutscher Rotwein	von 100 ₰ an
Französischer Rotwein	von 150 ₰ an

El Cid
feiner spanischer Tisch-Rotwein, für den Rotwein-Punsch besonders geeignet ¼ Fl. 125 ₰

Weine vom Faß

	Liter
Rotwein, spanischer Tischwein	100 ₰
Tarragona, rot	120 ₰
Malaga, golden	160 ₰
Samos, feiner alter	165 ₰
Wermutwein	110 ₰

Weine in Literflaschen

Weißwein	Liter 85 u. 110 ₰
Apfelwein	Liter 66 ₰

Und unsere guten **Schaumweine** Flasche von **250 ₰** an (ausschl. Steuer)

Trotz der außergewöhnlich billigen Preise noch **6% Rückvergütung am Jahresschluß in bar.** 41328

Gasthaus „Krug z. grünen Kranze" / Freital-Döhlen

Wir laden zu unserer diesjährigen **Silvesterfeier** mit Rachtschlachtfest ein und wünschen unseren werten Gästen u. Kunden viel Glück für 1932

Walter und Paula Langbein

Wenn's niemand macht! Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße
Möbel aller Art
Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!

★ **Scherz-Artikel und Zimmerfeuerwerk** ★
für Silvester
Klein- u. Großfeuerwerk fürs Freie
Drogenhaus
Franz Schaal
Fabrikation chemischer Produkte . Abteilung Feuerwerk
Annenstr. 21 **Dresden** Alaunstr. 11

Nur bei dem Geschäftsmann kaufen, dessen Inserate in unserer Zeitung lauten!

Alle Drucksachen liefert für proletarische Organisationen die

Neudrag-Druckerei

Amtl. Wintersportwetter-Bericht

vom 30. Dezember 1931:

Geising: —5, heiter, still, 8 Zentimeter, Neuschnee 3—5, Pulverschnee, Sport gut. **Altenberg:** —5, heiter, Wolk 1, 10 Zentimeter, Neuschnee 4—5, Pulverschnee, Sport gut. **Zinnwald:** —7, wolkig, still, 18 Zentimeter, Neuschnee 3—5, Pulverschnee, Sport sehr gut. **Schellerhau:** —6, wolkig, Wolk 1, 11 Zentimeter, Neuschnee 6—8, Pulverschnee, Sport sehr gut. **Kipsdorf:** —4, heiter, still, 3—5 Zentimeter, Pulverschnee.

Witterungsaussichten: Fortbestand des Wintermetters. Weiterhin mäßiger Frost, vorübergehend wolkig. Geringer Schneefall wahrscheinlich.

Jeder Rote Wähler kauft den **Roten Wähler**

Zu beziehen durch die Literaturobleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstr. 30

Auch du hast einmal 10 Pf. im Monat

für das Mitteilungsblatt der Kommunistischen Reichstagsfraktion

„Der Rote Wähler"

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30

Kauft stets nur bei unseren Inserenten!

---

7 Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte u. Beamte in der Oberlausitz 7

Großröhrsdorf

Fisch- und Grünwaren
Max Gemser, Bischofswerdaer Str. 252
40785

Stadtapotheke
u. Drogenhandlung
Bahnhofstraße 88 d
Lieferant für alle Krankenkassen
40796

Reserviert Nr. 21
40787

Trinkt Großröhrsdorfer Biere
40788

Damen-Strümpfe Wollwaren Alfred Mitzbach, Mühlstraße 255 D
41084

Brot- u. Feinbäckerei Franz Schöne
41085 Bismarckstraße 229

Fahrräder, Nähmasch., Grammophone Schallplatt., Rep.-Werkst. R. Mauisch
41086

Hüte, Mützen, Herrenartikel
Waldemar Schöne, Bischofsw. Str. 195 B
41087

Fleischerei und Gastwirtschaft
Alfred Mensch, Bischofswerdaer Str. 193
41088
41089

Reserviert 100

Farben-Zentrale Oswin Teich Radplan 227 F
41090

Kaufhaus Schönwald
führt alle Textilwaren zu niedr. Preisen
41091

Schlieberausschnitt u. Bedarfsartikel
H. Hürtig, Radeberger Straße 53 E
41092

Hauswalde

Hartmann's Gasthof
Nr. 43 und Fleischerei
Inhaber Oskar Zschiedrich
41082

Reserviert N. 50
41093

Seithennersdorf

Hotel Kretscham
Saal - Vereinszimmer - Kegelbahn für Veranstaltungen bestens empfohlen
ff. Biere und Speisen Ruf 4271
Paul Mende, Leubsdorfer Straße 2
41015

Restaurant zur Kanone
Renkaschstr. 2/ Vereinszimmer, gutgepflegte Biere
41016

41017 Radio-Apparate und Einzelteile
Ad. Richter, Albertstraße 7

Steinigtwolmsdorf

Reserviert
41096

Gartenbaubetrieb Binderei Gartengestaltung
Otto Thomas
41097 Nr. 264

41098 **Gasthaus „Waldhaus"**
Kur- u. Einkehr bestens empfohlen Adolf Wagner Nr. 310

Putzkau

Vetter & Hartwig
Motor- und Fahrräder, Nähmaschinen
40751 Rund umfenlagen

Trinkt ff. Radeberger Pilsner von der Brauerei Putzkau
40752

Emil Schienkrich
empfiehlt sein Schuhgeschäft u. Reparaturwerkstatt
40755 **Nieder-Putzkau**

40753 Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Max Rakel Nr. 89

Kohlen, Bau- und Düngemittelhandlung Paul Probst, Nr. 13 40754

Eibau

Spedition W. Wünsche
41042 **und Kohlenhandlung**

Gerichts-Kretscham
aufgepflegte Biere — Vereinszimmer
41023 **W. Zschuppe**, Hauptstraße

Markersdorf

Rest., Materialwaren **Walter Lorenz**
41148 No. 59

Adolf Piegert
Motor-Fahrrad, Nähmaschine, Reparat.
N. 9
41149

Ringenhain

Fahrradhandlung
Ernst Köhler Nr. 29
Reparatur - Marken-Räder von RM 80.—
41601

Lichtenberg

41602

Lebensmittelgeschäft
41610 Frida Pötschke, Nr. 41

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
41611 **W. Helfter, Nr. 122**

Oppach

41605 Fleischerei u. Gastwirtschaft „Zum Fechsbard" Herbert Schulze

41606 **Kohlenhandlung KURT TUREK**
Lindenbergstraße 8B

Beilage
Mittwoch, den 30. Dezember 1931

Arbeiterstimme

Nr. 247
7. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Rund um die Winterhilfe

Unbrauchbare Filzschuhe und Kleider / Lederschuhe nicht auf Lager / Ein halbes Pfund Rosinen für Weihnachten / Erwerbslose, kämpft unter Führung der KPD für das rote Selbsthilfeprogramm!

Winterhilfe, das war die Losung, die von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten herausgegeben wurde. Wochenlang gingen Arbeiterwohlfahrt, christliche Organisationen und die Reichswehr mit einem Aufgebot von Menschen und Material fechten. Das Ergebnis muß trotz der Tatsache, daß sich die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse in den Dienst dieser Sache stellt, äußerst mager gewesen sein. Das geht wenigstens aus einer Reihe von Mitteilungen hervor. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß große Teile der Bevölkerung den Charakter solcher Bettelaktionen zu erkennen beginnen. Nur ein Teil der Bourgeoisie macht noch in abgelegten Klamotten mit. Auch die Erwerbslosen erkennen den Charakter dieser Winterhilfe immer mehr. Das geht wenigstens aus den Zuschriften, die täglich an uns gelangen, hervor.

Was die Arbeiter, insbesondere die Erwerbslosen, von der mit großem Tamtam aufgezogenen, von der SPD bis zu den Faschisten unterstützten Winterhilfe, im Volksmund genannt Bettelhilfe, zu erwarten haben, zeigen wir an folgendem Beispiel: Ein Arbeiter erzählt:

Zerrissene Filzschuhe als Winterhilfe

„Ich bin bereits seit 15. September 1925 erwerbslos, bin verheiratet und habe eine Tochter, die in Lehre steht und einige Mark Vergütung erhält. Meine ganze Unterstützung beträgt pro Woche 11 Mark. Mir wird ein Hausmannsposten, bei dem ich 8 Mark monatlich Vergütung erhalte, angerechnet. Seit 1925 konnte ich eine andere Arbeit als Besenbinden und Wohlfahrtsarbeit, die Stunde für 20 Pfennig, nicht erhalten. Ich habe diese willig ausgeführt. In der Zeit vom 1. 11. bis zu Weihnachten war ich krank. Wegen der lumpigen paar Pfennige Krankenunterstützung wurde mir der Unterstützungssatz auf 5 Mark herabgesetzt. Daß man bei dieser jahrelangen Unterernährung kaputt gehen muß, ist ganz selbstverständlich, umsomehr, als ich nie eine Sonderunterstützung erhielt.

Ich wandte mich nun an die Winterhilfe, in dem guten Glauben, dort Hilfe finden zu können. Ein Schreibebriefchen, in dem mir mitgeteilt wird, daß die Winterhilfe noch nicht abgeschlossen sei und weitere Mitteilung angekündigt wird, war das einzige positive Ergebnis. Kurz vor Weihnachten wandte ich mich nun, mit einem Ausweis meines Arztes ausgerüstet, in dem der Arzt ganz dringend ersucht, mir eine besondere Unterstützung zu geben, da ich dringend kräftige Ernährung brauche, an die Kreisstelle. Am 24. 12. endlich erhielt ich von einer Fürsorgerin ein halbes Pfund Rosinen und ein Pfund Mehl. Was sollte ich damit anfangen? Ob die Fürsorge geglaubt hat, bei mir ist noch so viel Fett in der Wohnung vorhanden, daß ich Stollenbacken gehen kann? Wirklich ein mageres Ergebnis der Winterhilfe. Aber es kommt noch schöner. Ich wandte mich wegen ein Paar warmer Schuhe, die mir fehlen, gleichfalls an die Kreisstelle. Ich erhielt ein Paar.

Wie die aussehen, kennzeichnet so recht die kapitalistische Winterhilfe. Die Redaktion konnte dieselben in Augenschein nehmen. Das ganze Oberteil von der Fußdünnung hinten über die Ferse hinweg nach der anderen Seite war an beiden Schuhen nur noch mit einigen Zwirnsfäden verbunden. Diese Schuhe sind überhaupt nicht brauchbar. Solche Latschen würde in normalen Zeiten ein Arbeiter besser auf den Mist werfen, wie sie hier sicher von irgendeinem Kapitalisten für die Winterhilfe und Proleten für gut genug befunden worden sind."

H. St. erzählt:

Stundenlanges Warten und dann ...

Ich wurde Bürgerwiese 9 verwiesen. Dort kam ich 9.45 Uhr an. Es standen schon 100 Leute da. Dann ging es los. Je 10 bis 15 Mann mußten eine Wendeltreppe, auf der niemand ausweichen konnte, ersteigen. Dann ging es in eine Küche, in der man wieder warten mußte, bis aufgerufen wurde. Nach drei Stunden war ich endlich dran. Da ich ein Kleid für meine Frau bekommen sollte, wurden mir sechs Kleider vorgelegt. Zwei davon wurden sofort wieder weggenommen. Sie waren in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottete. Dann sollte ich eins erhalten, das wahrscheinlich schon die Urgroßmutter des schenkenden Bourgeois getragen hatte. Nach längerem Suchen fand ich ein einigermaßen brauchbares Kleid. Dieser Besuch der Winterhilfestelle hat mir gezeigt, daß die Bourgeoisie alles für die Proleten für gut hält. Die Erwerbslosen dürfen sich nicht auf kapitalistische Bettelaktionen verlassen, sondern nur auf ihre eigene Kraft.

M. Schm. schreibt:

Ablehnung ohne Prüfung

Daß bei der Fürsorge mit zweierlei Maß gemessen wird, dieses Gefühl wird ein großer Teil der Erwerbslosen nicht los.

Wenn ich mir meine Behandlung vergegenwärtige, werde ich in diesem Gedanken nur bestärkt. So wurde mir von meinem Unterstützungssatz von 10,70 Mark pro Woche 4,50 Mark abgezogen. Ein Gesuch um Wintersachen wurde abgelehnt, ohne daß sich jemand die Mühe genommen hätte, meine Verhältnisse zu prüfen. Das ist Winterhilfe, wie sie die Kapitalisten auffassen... **Für die Arbeiter gibt es nur eine Antwort: Nicht nationale Winterhilfe, sondern Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit.**

Ein anderer Erwerbsloser schreibt uns:

Volksküchensuppen als Weihnachtsessen

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1944)

Auch in Striesen und Blasewitz machte die Bourgeoisie zum Weihnachtsfest in Winterhilfe. Auch ich erhielt durch einen Beamten Mitteilung, daß ich zwecks Spende zu einer Rücksprache erscheinen sollte. Ich und andere Erwerbslose erhielten eigens zu diesem Zweck angefertigte Karten mit dem Vermerk: Eßgeschirr ist mitzubringen. Dann ging es los. Wer da geglaubt hatte, Festessen an den Weihnachtsfeiertagen zu erhalten, sah sich schwer enttäuscht. Was wir erhielten, war das, was man sonst in jeder Volksküche für 15 Pfennig erhalten kann. So war es denn auch kein Wunder, daß die Besucher von einem Tag zum anderen immer weniger wurden. Viele Erwerbslose hatten erkannt, wie die Winterhilfe der Bourgeoisie aussieht. Die Aufgabe aller Ausgebeuteten aber ist es, mitzuhelfen im Kampfe um eine andere Welt, im Kampf um den Sozialismus.

Ein anderer Erwerbsloser erzählt:

Er läuft auf dem Erdboden ohne Schuhe ...

Ich bin 2¼ Jahre erwerbslos. Schon lange sind meine Sachen, die ich auf dem Leibe trage, erneuerungsbedürftig. Wenn es aber nicht einmal zum Essen langt, bleibt für solche Dinge überhaupt nichts. Ich hatte mich nun an das Fürsorgeamt gewandt, in der Hoffnung, auch ein paar Klamotten aus der Winterhilfe zu bekommen. Diese meine Hoffnung ist bis auf das letzte vernichtet. Man teilte mir mit, das passende Schuhe überhaupt nicht vorhanden seien. Ich sollte mich unmittelbar nach Neujahr noch einmal um solche bemühen. Der Erwerbslose zeigte dabei das einzige Paar Schuhe, das er noch an den Füßen hat. Es war vollständig kaputt. Keine Sohle mehr, die Brandsohlen waren bereits durchgelaufen, das Oberleder war zerissen, der Erwerbslose lief faktisch auf dem Erdboden.

Während in Sowjetrußland alle Erwerbslosen in den Produktionsprozeß eingereiht sind, steigt in den kapitalistischen Ländern die Erwerbslosenziffer. Während in Sowjetrußland Kindergärten, Kinderhorte, Gemeinschaftsküchen und Erholungsheime gebaut werden, wird in Deutschland Stück für Stück abgebaut. In Rußland organischer Aufbau der Schule, in dem gesamten Wirtschaftsapparat, planmäßige Schulspeisungen, in Deutschland Streichung der letzten Mittel für diese Zwecke. Diese kurze Gegenüberstellung genügt, um den Arbeitern zu zeigen, nur im Sozialismus gibt es sozialen und kulturellen Aufstieg. Deshalb entscheidet euch mit der Kommunistischen Partei für den Sozialismus.

So stürmt der Komsomol!

Uns gehen einige Werbeergebnisse der Gruppen des Kommunist. Jugendverbandes zu

Striesen mit Pirna im Wettbewerb

Pirna meldet folgenden Stand:
2 Jugendversammlungen zum Volksbegehren
1 Betriebsjugendversammlung
1 Sonnwendfeier
wurden durchgeführt.
370 Junge Garden verkauft
560 Jugendortszeitungen verkauft
43 Jugendbetriebszeitungen verkauft
146 Plaketten für Sonnwendfeier verkauft
5,25 Mark für Volksbegehren gesammelt
4 neue Mitglieder für KJVD geworben
1 neues Mitglied für KPD geworben
6 Abonnenten für Junge Garde geworben

Striesen

13 Aufnahmen für KJVD
1 Pressefest organisiert
209 Zeitungen verkauft
23,07 Mark für Volksbegehren gesammelt
Genossen, macht weiter so!
Striesen muß noch in manchen Dingen einholen!

Jetzt kommt Neustadt!

35 neue Mitglieder für KJVD, darunter 3 Jungbannerkameraden, 3 SAJler und 1 aus der Hitlerjugend
1 Jugendkundgebung zum Volksbegehren
Für 65 Mark Literatur umgesetzt
15 Mark gesammelt
Je 1 Abonnenten für Arbeiterstimme, Volksecho und AIZ
1 Berufsschulzelle gegründet
Es werden jetzt Betriebe bearbeitet. Wir werden davon berichten
Wo bleiben die Stadtteile Löbtau, Altstadt?
Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, das ist die Arbeit der Komsomolzen!

So stürmt der Komsomol. Die Dresdner Komsomolzen arbeiten mit an der Schaffung des Verbandes der 100 000. Sie betrachten sich eng verbunden mit der revolutionären Partei des Proletariats und ihrer kommunistischen Presse. Die Einreihung aller Jungarbeiter in den Verband, das muß die Losung sein. Sie müssen sich einreihen zum gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Führerin des Proletariats. Stärkt die rote Klassenfront! Lest die Arbeiterstimme oder das Volksecho!

Was ist im Dresdner Polizeipräsidium los?

Warum schweigt die Dresdner Volkszeitung? / Ausdehnung des Korruptions-Skandals auf die Polizei

Wir kennzeichneten in unserem Artikel „Riesenkorruption in Dresden amtlich bestätigt" die Tatsache, daß die „Dresdner Volkszeitung" bis heute geschwiegen hat. In besonderem Lichte erscheint diese Feststellung heute dadurch, daß die Löbauer Volkszeitung vom Montag die nachfolgende Mitteilung bringt:

„Auch im Dresdner Polizeipräsidium

Suspendierung vom Amt wegen Verwicklung in die Straßenbahn-Skandalaffäre

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft über die Unregelmäßigkeiten beim Bekleidungsamt der Dresdner Straßenbahn sind seit einiger Zeit auch auf gewisse Vorgänge beim Dresdner Polizeipräsidium ausgedehnt worden. Sie haben dazu geführt, daß drei in der Verwaltungsabteilung des Dresdner Polizeipräsidiums beschäftigte Beamte ihres bisherigen Postens enthoben worden sind und zurzeit anderweitig verwendet werden. Strafbare Handlungen der in Frage kommenden Beamten haben sich bisher noch nicht ergeben. Man nimmt vielmehr nur an, daß ihnen nur gewisse Unvorsichtigkeiten unterlaufen sind. Die Untersuchung wird jedoch noch fortgesetzt."

„Nur gewisse Unvorsichtigkeiten", das ist wirklich gut. Soll hier schon die Entlastung geführt werden? Was würde wohl für ein Geschrei erhoben worden sein, wenn es sich um Kommunisten handeln würde.

Unwillkürlich muß jeder fragen: Was ist hier los? Sollten etwa der „Dresdner Volkszeitung" oder der SPD nahestehende Herren mit in die Sache verwickelt sein? Vielleicht gibt die „Dresdner Volkszeitung" nun einmal Auskunft. Was sagen die SPD-Arbeiter dazu?

Auch das Mutschmann-Blättel schweigt.

Aber auch der „Freiheitskampf", dieses Blättel, das sonst immer behauptet, Vorkämpfer für die Reinheit der Verwaltung zu sein, schweigt sich beharrlich aus. Während ehedem die Spalten von Korruption beim Dresdner Bekleidungsamt voll waren, ist jetzt, nachdem drei Polizeibeamte verhaftet wurden, alles still.

Er hat noch nicht eine einzige selbständige Zeile zum Straßenbahnskandal gebracht. Der Antrag betreffend Abberufung des Stadtrates Albrecht, den die KPD im Rathaus eingebracht hatte, wurde von ihnen nicht unterstützt. Ueber die Verhaftung der drei Polizeibeamten haben sie noch nicht ein Wort gebracht. Ist das Zufall? Wir glauben das nicht. Die Naziführung ist genau so wie die SPD-Führung mit der kapitalistischen Verwaltung aufs engste verbunden.

Wer Schluß machen will mit kapitalistischer Korruption, muß sich einreihen in die Kommunistische Partei. Nur sie kämpft gegen den Kapitalismus. Die kommunistische Presse ist die einzige, die rückhaltlos in diesen Sumpf hineinleuchtet. Lest und abonniert deshalb die Arbeiterstimme und das Volks-Echo!

Warum Freier Radiobund?

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 16. 10. 1931, daß sich der reformistische Arbeiter-Radiobund schon sehr bedenklich dem im faschistischen Fahrwasser schwimmenden DASD (Deutscher Amateur-Sendedienst) genähert hat. Wir sind heute in der Lage, unseren Lesern mitzuteilen, daß die entsprechenden Bemühungen von Erfolg gekrönt waren und es ist nun gelungen, diese Ehe zu schließen. Es sind zwischen dem DASD und der Kurzwellenleitung beim technischen Reichsausschuß des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands Vereinbarungen getroffen worden, die ein einheitliches Zusammenarbeiten beider Organisationen sicherstellen.

„Die Abmachungen zwischen beiden Verbänden ermöglichen in Zukunft ein einheitliches Zusammenarbeiten der deutschen Kurzwellenamateure nach gegebenen Richtlinien, die erweiterte Durchführung technischer Aufgaben und vor allen Dingen einen gemeinsamen Kampf um die Sendeerlaubnis." So schreibt das Mitteilungsblatt des DASD, die als Beilage zum „Funk" erscheinende Zeitschrift „CQ" vom 30. Oktober 1931.

Man sieht hier wieder einmal die bewährte Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Faschisten. Unter welchen Bedingungen der „gemeinsame Kampf" um die Sendeerlaubnis zustandegekommen sein wird, erfährt man aus folgendem. Es hatte in Frankfurt der dortige sozialdemokratische Vorsitzende einer Tagung des sozialdemokratischen Kulturkartells erklärt, daß der Arbeiter-Radiobund sofort die Kurzwellen-Sendeerlaubnis erhalte, wenn er garantiere, daß keine kommunistischen Radiotechniker einen Sender bekommen. In Verhandlungen mit Oberst a. D. Fulda (der Vorsitzende des DASD) wegen Freigabe von Sendestationen hat dieser den sozialdemokratischen ARB als die einzige Sicherheit angegeben, Kommunisten bei der Verteilung von Kurzwellensendern auszuschließen. In dieser Weise wird die sozialdemokratische „Arbeiterpolitik" von der Bourgeoisie eingeschätzt. Wen wundert es da noch, wenn der zweite Vorsitzende der sozialdemokratischen Splittergruppe des ARB Berlin ein Polizeifunker aus dem Reiche Zörgiebels ist. Wenn der Leiter der Polizeifunkstelle in Schneidemühl im dortigen ARB technische Lehrkurse gibt? Wenn der Gewerkschaftssekretär Przybilski in Breslau kommunistische Delegierte aus dem Saal verweist, um in deren Abwesenheit über behördliche Finanzierung des Kurzwellen-Sendedienstes im ARB zu sprechen.

Werktätige Rundfunkhörer und Kurzwellenamateure, merkt ihr, was sich hier zusammenbraut? Seht ihr die gemeinsame Front aller Feinde der Werktätigen? Die Gegner des Proletariats beginnen ihre Reihen zu formieren. Es besteht wohl kein Zweifel, daß hier eine Nachrichtentruppe geschaffen wird, die dazu bestimmt ist, im gegebenen Falle bei der Niederschlagung des um seine Befreiung ringenden Volkes behilflich zu sein. Daß dabei die verräterischen Reformisten nicht fehlen dürfen, ist ja auf Grund ihrer seit 1914 betriebenen Taktik nicht verwunderlich. Die sozialdemokratischen Führer standen ja seit dieser Zeit stets auf der Seite der Konterrevolutionäre und Volksfeinde.

Deshalb, werktätige Rundfunkhörer und Kurzwellenamateure, reiht euch ein in den Freien Radiobund e. V.

Nur dieser vertritt wirklich eure Interessen. Wir fordern die Freigabe der Kurzwellensendungen auch für das werktätige Volk!

Fort mit dem Vorrecht der Faschisten!

Her mit dem roten Kurzwellensendedienst!

Anmeldungen zum Freien Radiobund sowie zur Arbeitsgemeinschaft der Kurzwellenamateure werden Dienstags und Donnerstags von 17 bis 20 Uhr, im Bastelheim, Rosenstraße 19, angenommen.

Chauffeur gesucht

Am 23. Dezember gelang es der Dresdner Kriminalpolizei einen mehrfach gesuchten Kautionsbetrüger, den 22jährigen Autoschlosser R. Mehr aus Düsseldorf festzunehmen. Der Vater des M. ist an den Betrügereien mit beteiligt. Er ist noch flüchtig. Beide suchten in vielen Städten Deutschlands unter dem Namen Josef Weimrich, Großhandlung für Scheuertücher, Oele und Fette, Kraftwagenführer mit mehreren 100 Mark Kaution. Sobald sich genügend Kraftwagenführer gemeldet und die geforderte Kaution gestellt hatten, verschwanden die Betrüger. Die Zahl der Geschädigten ist beträchtlich. In Dresden hatte das Betrügerpaar bereits mit zwölf Personen Verbindung aufgenommen.

Unschön wirken rotes Gesicht und rote Hände. Ein probates Mittel: Creme Leodor. Versuchen Sie es mit einer Tube zu 60 Pf.

Der sächsische Mieterkongreß

Von Otto Herrmann, MdL

Engels schreibt bereits im Jahre 1872 zur Wohnungsfrage: **„Die Voraussetzung zur Lösung sozialer Fragen, auch der Wohnungsfrage, ist die soziale Revolution."**

Das bedeutet: die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse, die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und des kapitalistischen Staates. Diese klare marxistische und von Lenin bekräftigte Darlegung gilt es mit aller Kraft den Millionen der Mieter, der Siedler, sowie den gesamten Schichten der Ausgebeuteten verständlich zu machen. Besonders die Notverordnungspolitik von Brüning, zu deren Durchführung immer schärfere faschistische Methoden angewandt werden, zeigt den werktätigen Schichten, daß auch die Wohnungsfrage immer schärfer in den Vordergrund der politischen Entscheidungen gedrängt wird. Die ungeheure Wohnungsnot, ihre Auswirkung, die sich in den statistischen Zahlen der Gesundheitsämter widerspiegelt, Kindersterblichkeit, langsames Hinsiechen infolge ungesunder Wohnungen, Selbstmorde und Familientragödien infolge der Wohnungslosigkeit, der Zusammenbruch der Siedlungsgenossenschaften, damit Zerstörung jahrelang gehegter Illusionen von Kleinbürgern und auf Reformen innerhalb dieses kapitalistischen Staates eingestellter Proletarier kommt in verzweifelter Stimmung zum Ausdruck. Damit wird aber auch gleichzeitig der sogenannte „bürgerliche Sozialismus", wie dieser in der gegenwärtigen Periode mit voller Begeisterung von den Nazis sowie Sozis vertreten wird, das „Verankern an die Scholle, jeder Arbeiter muß Eigentümer seiner Wohnung werden", mißkreditiert. Nicht selten konnten wir in den sozialdemokratischen Blättern die Auffassung lesen, wer so glücklich ist, ein Eigenheim sein eigen zu nennen, hat die denkbar höchste Stufe wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht, er hat ein Gebiet, „auf dem er souverän schalten und walten kann".

Heute zeigen sich bereits die Auswirkungen. Täglich gehen solche Genossenschaften in Konkurs. Die Siedler verlieren nicht nur ihre Wohnung, sondern sie büßen noch ihre eingezahlten Gelder ein. Wo ein Konkurs noch verhindert wird, sind die finanziellen Abgaben so hoch, daß sie von den werktätigen Siedlern nicht aufgebracht werden können. In Tausenden von Fällen sind Siedler gezwungen, so viel Untermieter mit unterzubringen, daß sie kaum ein bescheidenes Kämmerchen ihr eigen nennen können und dafür an Abgaben den Mietpreis einer ganzen Wohnung aufbringen müssen. Das charakterisiert die im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft vertretene Wohnungspolitik der Sozialdemokraten und der Nazis. Mit besonderer Leidenschaft versuchen sie jetzt die gesamte Mieterschaft von diesen Tatsachen abzulenken und predigen in Moral gegen die kapitalistische Gesellschaft. Hier trifft wieder zu, was Engels bereits festgestellt hat: „Wer die kapitalistische Produktionsweise, die ehernen Gesetze der heutigen bürgerlichen Gesellschaft für unantastbar erklärt und doch ihre mißliebigen aber notwendigen Folgen abschaffen will, dem bleibt nichts übrig, als den Kapitalisten Moralpredigten zu halten."

Wir aber sagen, die Wohnungsnot ist kein Zufall; sie ist auch nicht bedingt als Folge des Krieges, sondern sie ist **ein Bestandteil des kapitalistischen Systems und dieser Gesellschaftsordnung.**

Die Beseitigung der Wohnungsnot, das muß mit aller Klarheit festgestellt werden, ist nur möglich mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des kapitalistischen Systems überhaupt.

Gerade diese Erkenntnis verpflichtet die Mieterschaft und besonders die Kommunisten, alle Mittel anzuwenden, um **das gegenwärtige Wohnungselend zu bekämpfen.** Erst wenn die breiten Massen der Mieterschaft den Kampf um die Wohnung als einen Teil des Klassenkampfes in der geschlossenen roten Einheitsfront führen, können die sozialreaktionären Maßnahmen durchkreuzt und die Voraussetzungen zur endgültigen Beseitigung des kapitalistischen Systems geschaffen werden.

Der Mieterkongreß muß ein wichtiger Schritt auf diesem Wege zur Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes werden. Es gilt, die Massen aller Werktätigen zu mobilisieren, um folgende Forderungen durchzusetzen:

A

1. **Erstellung von 2- und 3-Zimmer-Wohnungen (mit Küche und Bad) für alle Werktätigen mit Reichs- und Staatsmitteln durch die Gemeinden und Gemeindeverbände.**
   Für kinderreiche Familien entsprechend größere Wohnungen.
   Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen, insbesondere Neubauwohnungen, Villen, Hotels usw. durch die Gemeinden zum Zwecke der Unterbringung von Wohnungslosen und Exmittierten bis zur Erstellung von hygienisch einwandfreien Wohnungen.
2. **Einführung tragbarer und nach dem sozialen Einkommen gestaffelter Mieten.**
   Wirtschaftlich tragbar sind sie nur dann, wenn diese höchstens 15 Prozent des durchschnittlichen reinen Lohneinkommens der gelernten und ungelernten Arbeiter in der Gemeinde oder des Wirtschaftsgebietes betragen.
3. Für wirtschaftlich schwache Personen (Kinderreiche, Kriegsbeschädigte usw.) muß die Miete entsprechend niedriger gesetzt werden. Für Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial- und Kleinrentner, Krisen- und Wohlfahrtsempfänger **Befreiung von der Mietzahlung** und Uebernahme derselben durch die Gemeinden oder Gemeindeverbände, wenn der Hausbesitzer ein Gesamteinkommen von weniger als 5000 Mark jährlich hat.
   Verbot von Exmittierungen, Sanierung gesundheitsschädlicher Stadtviertel und Wohnungen, Liquidierung der Wohnbaracken und ähnlicher skandalöser Unterkünfte.

B

4. Die Neubaumieten sind wesentlich zu senken, mindestens sofort um 30 Prozent.
5. Baukostenzuschüsse usw. sind zurückzuzahlen oder auf die laufende Miete anzurechnen.
6. Die Verwaltungskosten der Wohnungsunternehmen, insbesondere Gehälter der leitenden Angestellten, müssen entsprechend herabgesetzt werden.
7. Jede Belastung durch Anliegerleistung, Grünflächen, Spielplätze, zentrale Waschküchen, Warmwassenanlagen usw. muß beseitigt werden.
8. Zur Durchführung und Kontrolle dieser Aufgaben sind Mieterausschüsse von den Mietern solcher Wohnungsunternehmen zu wählen, denen das Recht zusteht, die finanziellen Unterlagen des Unternehmers (private, gemeinnützige, genossenschaftliche) und die Bilanzen einzusehen.

C

In beschleunigtem Tempo brechen Siedler und Siedlungsgenossenschaften zusammen. Angesichts dieser Entwicklung gelten folgende Forderungen:

Siedlern (Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern), deren Einkommen jährlich aus Arbeit oder sozialer Rente 5000 Mark nicht übersteigt, ist

a) die Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuer-Hypotheken zu erlassen;
b) Erlaß der Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer;
c) Erlaß der Grundsteuer und Straßenbauabgaben;
d) Uebernahme von kurzfristigen, hoch zu verzinsenden Hypotheken durch die Gemeinde und Gemeindeverbände und Umwandlung auf langjährige Hypotheken unter Herabsetzung des Zinsfußes;
e) jede Konkurseröffnung, die auf Enteignung des Eigenheims (Wohngebäude, kleinbäuerlicher oder Kleingewerbe-Betrieb) hinzielt, ist durch den Staat zu untersagen;
f) wird die Konkurseröffnung betrieben von einem Kleingewerbetreibenden, Arbeiter, Angestellten, Beamten usw., dessen Einkommen 5000 Mark jährlich nicht übersteigt, so sind den Siedlern, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden durch Staat und Gemeinde sämtliche Abgaben bis zur Befriedigung der offenstehenden Forderungen zu erlassen;
g) Baugenossenschaften, die in Konkurs geraten, sind durch den Staat oder die Stadt zu übernehmen. Allen Genossenschaftsmitgliedern, deren Einkommen jährlich 5000 Mark nicht übersteigt, ist unter Belassung der Wohnung der Genossenschaftsanteil, Bareinzahlung sowie Zwangsbaranteil, voll zurückzuzahlen.

Zur **Sicherung der Rechte der Mieter** gilt es, die **sofortige Aufhebung aller Verordnungen und Anweisungen, die den bisherigen Mieterschutz aufgehoben oder durchlöchert haben, herbeizuführen.**

Sofortige Ausdehnung des Mieterschutzes auf die Mieter aller Neubauwohnungen sowie Untermieter! Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts, das jeder Familie gesunden und ausreichenden Wohnraum sichert.

Alle diese Forderungen sind nur **Teilforderungen,** die keinesfalls ausreichen für die werktätigen Schichten, die Wohnungsfrage endgültig zu lösen. Dazu gilt heute noch, was Engels gesagt hat: „Um dieses Uebel auszurotten, muß es bei der Wurzel gefaßt werden, und diese Wurzel ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung."

Der sächsische Mieterkongreß am 15. Februar in Chemnitz aber muß der Auftakt sein, für diese Teilforderungen die ungeheuren Massen der Alt- und Neubaumieter, Siedler, Genossenschaftsmitglieder, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden zu mobilisieren und so ein Stück vorwärts auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes zu schreiten!

KUNDGEBUNG
Dienstag, 12. Jan., 19.30 Uhr
im städt. Ausstellungspalast

Wie hoch sind die Direktionsgehälter der ASW?

Wir brachten vor einigen Tagen Mitteilungen über Riesengehälter der Direktoren bei der ASW. Den Aufsichtsratsmitgliedern war die Auskunft über die Höhe dieser Gehälter glatt verweigert worden. Das ist auch zu verstehen. Sollen diese doch 200 000 Mark im Jahre und mehr betragen. Unsere Enthüllungen haben jedoch in der Oeffentlichkeit, insbesondere in den Kreisen der Millionen werktätiger Steuerzahler, ungeheures Aufsehen erregt. Selbst bürgerliche Zeitungen sahen sich gezwungen, dazu Stellung zu nehmen. Diese Empörung zwingt nunmehr die Staatskanzlei zu einer „Berichtigung". Diese „Berichtigung" sieht aber auch danach aus. Die Staatskanzlei teilt der Presse mit:

„Die Auskunft ist unterblieben, weil der Abschluß von Dienstverträgen mit den Vorstandsmitgliedern nach dem vom Landtag genehmigten Statut der Gesellschaft nicht zur Zuständigkeit des Aufsichtsrats, sondern zu der des Verwaltungsrats gehört. In dessen letzter Sitzung am 16. Dezember 1931 sind die sämtlichen bisher geltenden Bezüge der Generaldirektoren und der Direktoren genau mitgeteilt worden. Der Verwaltungsrat hat sich eingehend mit der Frage befaßt, in welcher Höhe die Bezüge auf Grund der sächsischen Verordnungen vom 21. September und 11. Dezember neu festzusetzen seien. In Zukunft werden Bezüge gewährt werden, die weit hinter den Bezügen der Direktoren gleichgearteter Gesellschaften, und zwar auch solcher, deren Aktienbesitz sich in Staatsbesitz befindet, zurückbleiben werden. Aber auch die von den Generaldirektoren wie den Direktoren der AG Sächsische Werke bisher bezogenen Gesamtbezüge, nicht nur die Gehälter, bleiben hinter den in der Oeffentlichkeit genannten Ziffern weit zurück."

Diese „Berichtigung" ist ein Skandal. Was soll es beispielsweise heißen, daß in Zukunft Bezüge gewährt werden, die hinter den Bezügen anderer Direktoren stehen? Darunter können sich die Werktätigen alles denken. Zog man einen Vergleich der 200 000-Mark-Gehälter mit den Gehältern der AEG, so standen nämlich dieselben auch bisher schon hinter diesen Direktoren zurück. Eine solche Formulierung sagt den Werktätigen einen Dreck. **Warum verschweigt die Staatskanzlei die wirkliche Höhe der Gehälter?**

Die Werktätigen wissen aber, wie sie solche „Berichtigungen" zu werten haben. Während den Kumpels in der ASW die Löhne fortgesetzt gekürzt werden, erhalten die Direktoren Riesengehälter. Während im Staatsetat Millionen an der Wohlfahrtspflege gedrosselt werden, hat der Staat Hunderttausende für seine Direktoren. Gegen diesen Skandal müssen sich alle Werktätigen wenden. Schluß mit Lohn-, Gehalts-, Steuer- und Unterstützungsraub! Schließt die rote Einheitsfront zum Kampf um die Sicherung eurer Existenz!

Arbeitslose verhindern Exmittierung!

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1936)

Pirna. Im Lohmengrund 30 in Goes wohnt der Fürsorgeempfänger und Kriegsbeschädigte, der Arbeiter Gottfried Voker. Besitzer des Hauses ist die Gutsbesitzerin von Eschwege in Groß-Cotta. Auf Grund eines Gerichtsbeschlusses sollte der Arbeiter nun „im Namen des Volkes" aus seiner Behausung heraus auf die Straße gesetzt werden. Zur Vollstreckung des Urteils erschienen der Wachtmeister von Berggießhübel, der Gerichtsvollzieher Sauer und ein weiterer Beamter. Frau von Eschwege war vertreten durch ihren Förster Schanitzki, welcher mit geschulterter Jagdflinte erschien. Daß man hier einen der Aermsten obdachlos machen wollte, war aber in der Gegend rucbbar geworden. Die Solidarität feierte hier einen schönen Sieg. Aus eigener Initiative erschienen 30 bis 40 schicksalsverbundene, notleidende Erwerbslose, blockierten den Hauseingang und verhinderten somit die gewaltsame Herausesetzung ihres Leidensgefährten. Leider fanden sich aber auch einige Elemente, die sich bereit erklärten, mitzuhelfen, den Fürsorgeempfänger auf die Straße zu setzen. Ein Herr Franz Neumann erbot sich sogar, die Sachen Vokers in einer baufälligen Baracke unterzustellen, um dieselbe dem Voker zur Verfügung zu stellen. Als nun aber die Exmittierung an der geschlossenen Front der Erwerbslosen scheiterte, bekam es dieser Mann mit der Angst zu tun und bat um Verzeihung. Ob er das nächste Mal wieder dabei sein wird?

Die Urteile werden gefällt „im Namen des Volkes". Hier aber hat es sich praktisch bewiesen, ob dem so ist. Der Wille des Volkes kam hier zum Ausdruck und die Erwerbslosen ließen es nicht zu, daß ein Leidensgenosse auf die Straße gesetzt wird. Es **ist dringend erforderlich, daß sich die Erwerbslosen überall sich zusammenschließen in der roten Einheitsfront, zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen Faschismus und Reaktion!**

Die Post zu Neujahr. Am Donnerstag, dem 31. Dezember 1931, werden die Markenverkaufsstellen der Postanstalten in Dresden allgemein bis 19 Uhr, bei den Postämtern Dresden A. 1 (Postplatz 2) und A. 48 (Hauptbahnhof, Ostbau) wie außerdem nötigenfalls ein Schalter bis 22 Uhr offen gehalten. Am Freitag, dem 1. Januar, Schalterstunden wie an Sonntagen. Am 31. Dezember und 1. Januar werden die Briefträger häufiger als sonst und nicht durchweg zu den angegebenen Zeiten geleert. Am Neujahrstag findet nur eine Briefzustellung sowie außergewöhnlich eine Geldzustellung statt. Die Paketzustellung ruht an diesem Tage.

Zollamt Post. Das Zollamt Post (Annenstraße 15/17) ist für den öffentlichen Verkehr geöffnet: am 31. Dezember und 2. Januar von 7.30 bis 18 Uhr; am 1. und 3. Januar bleibt es geschlossen.

Warum Zellentag?

Die Kommunisten haben dadurch, daß sie der führende Teil der Arbeiterklasse sind, besondere Pflichten. Die Situation ist so, daß **von jedem Parteimitglied praktische Arbeit verlangt werden muß.** Aus diesem Grunde ist es notwendig, ein System der Arbeit zu schaffen, das uns ermöglicht, den letzten Genossen zu erfassen. **Der Kommunist, der nicht mindestens einmal im Monat mit den Genossen seiner Zelle zusammenkommt, mit ihnen diskutiert, ist nicht in der Lage, seinen Aufgaben gerecht zu werden.** Wie soll der Parteigenosse im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Massenorganisation usw. seine kommunistische Pflicht erfüllen, wenn er nicht weiß, was die Partei will?

Die Parteiorganisation kennt die Schwierigkeiten, die dem Willen der Genossen entgegentreten. Die Partei weiß auch, daß sich viele Genossen durch andere Aufgaben abhalten lassen. Aus diesem Grunde gerade haben wir den Zellentag festgelegt.

Der Zellentag — jeweilig der erste Dienstag im Monat — ist der Tag, an dem keine Massenorganisation eine Sitzung oder dergleichen organisieren darf. Wer es dennoch tut, hindert die Partei, ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen. Es muß aber auch gesagt werden, daß derjenige Genosse, der am Zellentag nicht den Weg in die Zellenversammlung findet, in Kauf nehmen muß, daß von ihm gesagt wird, er will einfach nicht. In der heutigen Zeit, die außerordentlich schnelllebend ist, verliert man schneller als man denkt die Verbindung mit der Partei. Viele innerparteiliche Schwierigkeiten treten einfach deshalb auf, weil die Genossen nicht laufend mit allen Tagesereignissen vertraut gemacht werden. Um dieses zu verhindern und um die einheitliche Einstellung aller Kommunisten, die die Führerrolle unter den Millionen aller Arbeiter sicherstellt, herauszustellen, ist es erforderlich, daß jeder Kommunist an der Versammlung seiner Zelle teilnimmt.

Darum Genossen: Am 5. Januar alles in die Zellensitzungen!

Wer sind die Spaltpilze in Wurgwitz?

(Arbeiterkorrespondenz 1930)

Die Freitaler Volkszeitung brachte einen Artikel, in dem sich ein Wurgwitzer mit dem roten Volksbegehren und Vorgängen in der Arbeitsgemeinschaft Espero, Wurgwitz, befaßte. Auf das Gefeire über das rote Volksbegehren einzugehen, hieße dem Verfasser zu viel Ehre antun. Wir stellen nur fest, daß die Arbeiter der SPD beim Volksbegehren eine richtige Antwort gegeben haben, die beim Volksentscheid noch deutlicher werden wird. Warum aber das übrige Gebelle? Der Herr Verfasser hätte doch den öffentlichen Vortrag der Espero, zu dem durch Plakate aufgefordert und freie Redezeit zugesichert war, besuchen können. Warum nicht? Gegenüber den Anwürfen gegen Genossen Knöfel stellen wir fest, daß derselbe nicht auf Kosten der Esperantogruppe, sondern auf seine eigene Kosten nach der Sowjetunion gefahren ist. Wir schlagen den SPD-Arbeitern aber vor, ihrerseits einen Delegierten nach Rußland zu entsenden, damit sie sich einwandfrei und unbeeinflußt über den sozialistischen Aufbau informieren können. **Die Arbeiter werden aber an dem Geschreibsel sehen, daß es diesen Schreibern in der Volkszeitung nur darauf ankommt, die Arbeiter vom Linksabmarsch abzuhalten. Diese Methoden aber verfangen nicht mehr. Auch in Wurgwitz wächst die rote Klassenfront!**

Deutschen Qualitätsarbeit
SINGER NÄHMASCHINEN SINGER
Singer
HAUSHALT-NÄHMASCHINEN
Mäßige Monatsraten
Fabrik in Wittenberge bez. Potsdam
Schriftliche Anfragen an
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
in Dresden: Prager Str. 17,
Hauptstraße 6, Kesselsdorfer Str. 15

Bankrotte Hauptlosung der ADGB-Führung

Von Erich Auer

Wenige Monate sind verstrichen seit der Tagung des vierzehnten ADGB.-Kongresses, der am 31. August in Frankfurt begann. Die Hauptlosung dieser Tagung der Gewerkschaftsbonzen, die sie nach Vorträgen von Stegerwald und des Heidelberger Professors Lederer zustande brachten, war die Losung der 40-Stunden-Woche. Die Frage des Lohnausgleiches wurde nach Ausführungen von Lederer „vorläufig zurückgestellt".

In allen Gewerkschaftszeitungen, in allen Betriebsversammlungen wurde diese Losung als Generalrezept von den Gewerkschaftsbeamten gepredigt. Es war gewissermaßen die einzige Losung der Gewerkschaftsbonzen, mit der sie glaubten, vor die Arbeiter hintreten zu können, um den Anschein bei ihnen zu erwecken, als ob sie ihre Interessen vertreten und weitere Erwerbslosigkeit und Massenentlassungen durch die Verwirklichung dieser Parole verhindern. Die Hauptfrage bei der 40-Stunden-Woche für die Arbeiterklasse, die Frage des Lohnausgleiches interessierte entweder die Gewerkschaftsführer überhaupt nicht oder sie beantworteten diese Frage negativ, d. h. 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich, was gleichbedeutend ist mit einem Lohnabbau von 17 Prozent.

Nach kaum zwei Monaten mußten nunmehr die reformistischen Gewerkschaftsstrategen selbst den Bankrott ihrer Hauptlosung eingestehen. Unter der Ueberschrift: „40-Stunden-Woche abgewürgt", brachte der „Vorwärts" am 1. Dezember eine Mitteilung, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

„Das Unternehmertum hat es fertiggebracht, die Arbeitszeitverkürzung zu hintertreiben. Die Ausschaltung eines gerechten Lohnausgleiches, die Ablehnung zwangsläufiger Wiedereinreihung von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und vor allem der immer stärker fortgesetzte Lohnabbau machen heute eine Arbeitszeitverkürzung in einer Form, wie sie noch vor Jahresfrist möglich gewesen wäre, undurchführbar. Man kann natürlich die Löhne nicht uferlos abbauen und dann noch die Arbeitszeit und auch noch ohne Lohnausgleich verkürzen.

Ein trauriges Kapitel. Weder ein Ruhmesblatt für das Unternehmertum noch für die Reichsregierung. Im Mai wollte Herr Stegerwald die 40-Stunden-Woche verordnen. Im November begräbt er sie. Er hat soviel Energie an dem Lohnabbau verschwendet, daß ihm für die 40-Stunden-Woche nichts mehr übrig blieb."

Die 40-Stunden-Woche-Parole der reformistischen Bonzen ist nicht von den Unternehmern abgewürgt worden — die Kapitalisten haben sie zum Zwecke des Lohnabbaues weidlich ausgenützt — sondern durch die ehernen Tatsachen und Ereignisse müssen die reaktionären Gewerkschaftsführer den Bankrott ihrer Hauptlosung verkünden. Nicht nur die Unternehmer haben den Lohnausgleich verhindert, sondern die Gewerkschaftsführer haben von vornherein darauf verzichtet.

Ausdrücklich wurde auf dem Frankfurter ADGB.-Kongreß beschlossen, daß auf dem Lohnausgleich nicht bestanden werden könne. Durch die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, der die reaktionären Gewerkschaften in vielen Fällen zustimmten, wurde der Lohnabbau direkt propagiert.

Die Unternehmer haben den Gewerkschaftsführern mehrfach bescheinigt, daß sie mit der Durchführung des Lohnabbaues nur das verwirklichen, was die Gewerkschaftsführer durch die Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich selbst vorschlagen. So berichtete der Gauvorsitzende der Buchdrucker von Berlin, Braun, in der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker, anläßlich des letzten Lohnabbauschiedsspruches, daß die Unternehmer bei den Lohnverhandlungen über ein unwiderlegbares Material verfügten für die Begründung ihrer Lohnabbauforderungen. Auf die Frage der Verbandsvertreter, warum die Unternehmer eine Senkung des Tariflohnes um 16,5 Prozent forderten, hätten sie die Antwort erhalten, daß ja die Gewerkschaftsführer selbst durch ihre Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ihren Mitgliedern einen 16,5prozentigen Lohnabbau zumuteten.

Damit ist das bewiesen, was die RGO. schon immer gegenüber der 40-Stunden-Wocheparole der reaktionären Gewerkschaften festgestellt hat. Die Gewerkschaftsführer haben mit ihrer Hauptparole vom letzten ADGB.-Kongreß die Arbeiterklasse betrogen, sie haben Propaganda gemacht für den Lohnabbau der Unternehmer und diesen Maßnahmen der Kapitalisten den Weg bereitet. Nach wenigen Monaten ist die Hauptlosung des ADGB.-Kongresses bankrott. Man muß sich vorstellen, die Führer einer Vier-Millionen-Arbeiterorganisation machen einen Kongreß. Sie stellen eine Hauptlosung auf und nach drei Monaten müssen sie den Bankrott dieser Losung erklären. Und eine derartige Führung erhebt Anspruch, eine Führung von Arbeitern zu sein.

Keinen Funken Vertrauen von seiten der Arbeiterklasse zu einer derartigen Führung!

Alles Vertrauen zur Führung der RGO., deren Voraussagen und Beschlüsse auch in dieser Frage durch die Praxis vollkommen bestätigt worden sind. Die Parole der reaktionären Gewerkschaftsführer: „40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich", ist bankrott. Der Kampf für die 40-Stunden-Woche bzw. den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich muß von der Arbeiterklasse unter Führung der RGO. weiter fortgesetzt werden. Auch bei der Betrachtung dieses Teilabschnittes des Kampfes der Arbeiterklasse an der Front des Kampfes um Verkürzung der Arbeitszeit zeigt, daß nur unter Führung der RGO. und ihrer marxistischen Losung der Sieg erkämpft werden kann. Alle Anhänger der RGO. müssen diese Tatsachen benutzen, um die Führung des ADGB. noch stärker vor den Massen zu entlarven, die Mitglieder der reaktionären Gewerkschaften zum aktiven Kampfe zu sammeln unter der Führung der RGO.

Reformistischer Phrasendrusch bei Meurer-AG

Emil Ebert spricht von Streikgenehmigung / Nur die RGO zeigt den Ausweg

Durch das Drängen der Opposition wurde der Betriebsrat gezwungen, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, die Stellung nahm zu dem neuen Lohnabbau durch Schiedsspruch und Notverordnung. Der DMV hatte Emil Ebert, MdR. als Referenten geschickt, damit er mit radikalen Phrasen den neuesten Verrat der Reformisten an den Arbeitern verschleiern sollte. Im Schweiße seines Angesichts bemühte sich nun Ebert, den Kollegen begreiflich zu machen, **wie die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern „gekämpft" haben.** 3 Pfennig Lohnabbau hatten die Gewerkschaftsführer von sich aus angeboten. Aber die Unternehmer wollten mehr. Sie wissen, daß die Drohungen der Reformisten nicht ernst zu nehmen sind und daß alle Verschlechterungen für die Arbeiterschaft von ihnen hingenommen werden. So kam der Schiedsspruch zustande, der für die ostsächsischen Metallarbeiter einen **Lohnabbau von 6 Prozent** brachte.

Immer offensichtlicher wird unter den Schlägen der Wirtschaftskrise, der Faschisierung des Staates und der immer schärferen Offensive des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse der **Bankrott des Reformismus.** Sie können der Arbeiterschaft keinen Ausweg zeigen. So wie die Pfaffen die Menschen auf den Himmel vertrösten, so vertrösten die Reformisten die Arbeiter auf eine kommende bessere Zeit, in der die Wirtschaftskrise neuer Konjunktur Platz gemacht hat. Nach Ebert ist jetzt die Hauptsache, dem Verband die Treue zu halten und ja nicht auf die RGO zu hören. **Der Vorstand des DMV würde im Frühjahr sogar einigen Dresdner Betrieben die Streikgenehmigung erteilen (!!)**

Die Notverordnung sei wohl eine schlimme Sache, aber die Arbeiterschaft sei selbst daran schuld. Sie brauchten nur richtig zu wählen, dann könnte so etwas nicht vorkommen. Es sei manches zu verhindern, wenn die Kommunisten im Sächsischen Landtag mit der Sozialdemokratie und der Staatspartei zusammengingen. **Scheinbar hat Herr Ebert, der selbst im Landtag sitzt, noch nicht gemerkt, daß der Landtag schon lange nichts mehr zu sagen hat.**

In der Diskussion zerpflückten mehrere Kollegen die Schaumschlägerei Eberts. Ein Kollege erinnerte ihn daran, wie er früher gesprochen hat und fragte, ob Ebert sich nicht schäme, jetzt so vor die Arbeiterschaft hinzutreten. Aber seit der Zeit hat sich so manches ereignet. Emil Ebert hat das Ideal eines braven Reformisten erreicht und ist wohlbestallter Abgeordneter geworden. Einen solchen Posten kann man nicht gefährden, da muß man schon die Proleten beruhigen.

Eine Entschließung der oppositionellen Kollegen gegen Lohnabbau und Notverordnung wurde durch die Versammlungsleitung nicht zur Abstimmung gebracht. So glaubte man zu verhindern, daß die Arbeiterschaft ihren Willen äußert. Die Meurer-Proleten erkennen immer mehr, daß nur der Weg des Kampfes, den die RGO aufzeigt, aus dem Elend führt und daß der Weg des Reformismus den Untergang für die Arbeiterklasse bedeutet.

Miag-Proleten schließen die rote Einheitsfront

Gute Arbeit der Betriebszelle Miag-Braunschweig / Dresdner Betriebe, nachmachen!

Die Betriebszelle der KPD im Metallbetrieb Miag, Braunschweig, gibt Bericht über ihre Arbeit in den letzten Monaten, dem wir folgendes entnehmen:

„Wir benutzen jede Gelegenheit, um im Betrieb unsere Forderungen und unser politisches Programm zu diskutieren. In Belegschaftsversammlungen und im Arbeiterrat führen wir unsere Diskussionen in grundsätzlicher politischer Form und in scharfer Frontstellung gegen die sozialdemokratischen Führer. Eine gründliche Schulung sorgt dafür, daß die Genossen jederzeit diskutieren können.

Bereits vor dem Nazi-Aufmarsch am 22. Februar 1931 stellten wir die Parole der roten Einheitsfront von unten in den Vordergrund. Am Tage nach dem Nazimord, am 17. und 18. Oktober, wurde von uns im Arbeiterrat und in der Belegschaft die Frage des politischen Massenstreiks gestellt. Es wurde der Beschluß gefaßt, am Tage der Beisetzung der ermordeten Arbeiter in den Proteststreik zu treten und alle anderen Betriebe zur Teilnahme aufzufordern. Die Belegschaft trat einheitlich in den Streik. Drei Betriebsräte, die bisher der SPD angehört hatten, traten der KPD bei. Wir verstärkten daraufhin unsere Werbearbeit und es gelang uns, eine Reihe Parteimitglieder und neue Abonnenten für die RAZ zu gewinnen.

Zahlenmäßig zeigte sich der Erfolg unserer Arbeit seit dem Streik in der Gewinnung von 27 Parteimitgliedern und 4 RGO-Mitgliedern. Durch die Massenentlassungen, die in den letzten Wochen durchgeführt wurden, wurde unsere Zelle wieder etwas geschwächt. Wir haben uns aber die Aufgabe gestellt, im Rahmen des Aufgebots der Hunderttausend diesen Ausfall auszugleichen und die Mitgliederzahl darüber hinaus noch zu erhöhen.

Für die kommende Woche ist von der Zelle der erste Diskussionsabend mit SPD- und Nazi-Proleten vorbereitet worden. Solche Abende sollen von nun an regelmäßig alle vierzehn Tage stattfinden, um tiefer in die Reihen der uns noch fernstehenden Kollegen, vor allem auch der SPD-Arbeiter einzudringen. Die RGO-Arbeit wurde von uns während der Volksentscheids-Kampagne etwas vernachlässigt. Wir haben diese Arbeit jetzt verstärkt in Angriff genommen und werden auch auf diesem Gebiet den Tempoverlust in kürzester Zeit wieder aufholen."

Der Bericht dieser Zelle zeigt, wie im Betrieb gearbeitet werden muß.

Ostsächsische Betriebe! Schickt sofort Berichte über eure Arbeit zur Veröffentlichung an die Arbeiterstimme!

Der Gesamtverband verteilt „Weihnachtsgeschenke"

Unterstützung bekommst du nur, wenn du brav bist

Alljährlich verteilt der Gesamtverband „Weihnachtsgeschenke" an seine erwerbslosen und kranken Mitglieder. Einer unserer arbeitslosen Genossen, der Mitglied des Gesamtverbandes ist, aber keine Mitteilung über diese Verteilung erhielt, wollte ebenfalls davon Gebrauch machen. Als er deshalb am 18. Dezember im Dresdner Volkshaus vorstellig wurde, erhielt er den Bescheid, daß Donnerstag, den 17. Dezember, der letzte Tag sei. An diesem Tage war aber der Herr Kassierer nicht da und unser Genosse wurde auf den nächsten Tag vertröstet.

Durch Grippeerkrankung verhindert, schickt er eine Bekannte nach dem Gewerkschaftsbüro. Als sie das Buch abgegeben hatte, fragte der Kassierer: **Das ist wohl der von der Münzgasse?** **Auf das Ja der Bekannten allgemeine Aufregung und dann die Erklärung des Kassierers: So eine Frechheit, in den Versammlungen macht er uns schlecht, und dann wagt er noch, etwas zu verlangen. Der bekommt überhaupt nichts!** Darauf gab man das Buch zurück.

Gesamtverbandsmitglieder! Wagt ja nicht, die **Verratspolitik der Bürokraten** anzuprangern, sonst bekommt ihr nichts zu Weihnachten. Aus diesem Vorfall ersieht ihr, daß nur die „treuen" Schäfchen Anrecht auf Verbandsunterstützung haben, aber aufrechten, revolutionären Arbeitern wird die Tür gewiesen.

Gebt den satten Bonzen die Antwort: **Kämpft mit der RGO für die Verteidigung eurer materiellen Interessen, dann braucht ihr nicht zu den Bonzen betteln zu gehen, um einen kleinen Anteil von euren gezahlten Beiträgen zurückzuerhalten!**

Betriebskorrespondenten!

Wo bleiben eure Berichte?

Verstärkung der Betriebsarbeit

verpflichtet zur laufenden Berichterstattung an die Presse

Verstärkung an der innergewerkschaftlichen Front

verpflichtet zur Berichterstattung über jede Gewerkschaftsversammlung an die Arbeiterstimme.

Macht eure Presse zum Sprachrohr der Betriebe

Achtung! RGO-Bauarbeiter!

Am Sonnabend, dem 2. Januar, 20 Uhr, findet im Rest. „Bayrische Krone", am Neumarkt, eine *Unterbezirkskonferenz der Bauarbeiter* statt. Es ist Pflicht aller RGO-Bauarbeiter, an dieser Konferenz teilzunehmen. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch

Haus Neuerburg, Dresden, legt still

Wie uns mitgeteilt wird, soll die Zigarettenfabrik Haus Neuerburg am 11. Januar stillgelegt werden. 70 Arbeiter fliegen aufs Straßenpflaster.

Internationale Wirtschaftskämpfe

Spanien

Pietro, der sozialdemokratische Minister für öffentliche Arbeiten, erklärte, daß die Regierung (in der drei sozialdemokratische Minister sitzen) **nicht imstande ist, die Hungerlöhne der Eisenbahner zu erhöhen.** Die Wirtschaftslage der Eisenbahngesellschaften ermögliche es ihnen nicht, weitere Ausgaben auf sich zu nehmen, es sei denn, daß der Staat sie finanziell unterstütze. Der Sozialfaschist Pietro fügte hinzu, daß im gegebenen Augenblick die Lage der Erwerbslosen besonders verzweifelt ist und daß mithin der Staat ihnen zu allererst helfen muß. Er hofft, **daß die Eisenbahner ihre eigenen Interessen den allgemeinen Interessen des Landes unterordnen werden."**

Im Dorfe Sartaguda (Navarra), daß fast vollständig Eigentum des Duc de l'Infantado-Fürsten ist, haben sich die Bauern erhoben und belagern den Großgrundbesitzer in seinem Schlosse. Die Bauern fordern die Aufteilung des Bodens und die Abreise des Großgrundbesitzers innerhalb 24 Stunden. Die Zivilgarde hat das ganze Dorf besetzt.

In Caparazona (Granada) durchbrachen die Unternehmer den Arbeitsvertrag und stellten ortsfremde Arbeiter für die Olivenernte ein. Daraufhin erklärten die alten Landarbeiter den Generalstreik. Es kam zu Zusammenstößen zwischen streikenden Landarbeitern und der Zivilgarde, in deren Verlauf die Zivilgarde scharf schoß und mehrere Landarbeiter, darunter eine Frau, verwundete.

400 Erwerbslose stürmten in Ceuta (Marokko) die Arbeitsbörse, die von den Sozialdemokraten verwaltet wird, weil ihnen die Art und Weise der Arbeitsbeschaffung nicht gefiel. Die sozialdemokratischen Bonzen verschaffen nur den in der reformistischen UGT organisierten Arbeitern Arbeit.

Jugoslawien

Die Glasfabrik in Hrastnig hat ihre gesamte Belegschaft gekündigt, was mit Ueberfüllung der Lager und Mangel an Aufträgen begründet wird. In Wahrheit will die Firma durch die Kündigung **einen weitgehenden Lohnabbau durchsetzen.**

Die Direktion teilt selbst mit, daß der Betrieb vorderhand in ganz kleinem Umfange weitergeführt wird, wobei einige wenige Arbeiter abwechselnd beschäftigt werden sollen. In sechs Wochen jedoch soll der Umfang des Betriebes wieder bedeutend erweitert werden. Für diesen Zeitpunkt will das Unternehmen durch die gegenwärtige Entlassung der Belegschaft die Zustimmung dieser für eine Herabsetzung der Löhne erpressen.

Belgien

Die Unternehmer der Teppichindustrie, die unter dem Vorwande der Schließung des englischen Marktes für die belgische Teppichausfuhr 10 000 Arbeiter entlassen hatten, schlagen nun die Wiederaufnahme der Produktion vor unter der Bedingung, daß die Arbeiter einen 10prozentigen Lohnabbau auf sich nehmen.

Die Wegebaugesellschaften fordern eine 10prozentige Lohnherabsetzung, die jedoch von den Arbeitern zurückgewiesen wird.

Nach der Erklärung Vandervoldes in der belgischen Kammer hat nun auch der Sozialdemokrat Francois im belgischen Senat die Haltung der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der Regierung präzisiert. „Wir verzichten — erklärte er — auf eine Budgetdebatte, um die Schwierigkeiten nicht noch mehr zu vergrößern. In dieser so peinlichen Wirtschaftslage unterstreichen wir, daß wir vor allem eine Partei der Ordnung sind."

SLUB
Wir führen Wissen.

Rund um den Erdball

..und die Weihnachtsglocken läuteten dazu

Hinrichtung als Weihnachtsvergnügen

Die „kultivierten" Pariser — Henker und Opfer im Scheinwerferlicht

Paris, 29. Dezember. Eine „Weihnachtssensation" eigener Art erlebten in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag einige tausend festlich gestimmte Pariser Bürger, die zusammengeströmt waren, um der Hinrichtung des Juwelenmörders Georg Gnuchet beizuwohnen.

In Frankreich, diesem angeblich „kultiviertesten Lande der Welt" finden die Hinrichtungen bekanntlich immer noch öffentlich statt und so kam es, daß, als Zeit und Ort der Henkerszene bekannt wurde, viele Pariser sich einfanden, um diese „Sensation" zu genießen.

Nach dem Bericht des Berliner 8-Uhr-Abendblattes" hatten die Behörden hierfür „etwas Merkwürdiges angeordnet."

Sie ließen nämlich um 7 Uhr, das heißt einige Minuten bevor das Beil in den Nacken des Delinquenten fallen sollte, die ganze Richtstätte durch taghelle Scheinwerfer beleuchten. Die Leute, die im Abstand von einigen hundert Metern die Todesnacht weihnachtlich feierten, glaubten plötzlich, daß ihnen der „herrliche" Anblick entgehen könnte. Eine wahre Revolution entstand unter den Damen und Herren, die sich lebendige Menschenleiber mieteten, um auf deren Schultern das unvergeßliche Schauspiel doch zu genießen."

Nach der weihnachtlichen Hinrichtung durchbrachen dann die eleganten Damen und Herren der Pariser Gesellschaft mit Gewalt die Absperrkette, um ihre seidenen Taschentücher in das Blut des Geköpften zu tauchen, das auf der Richtstätte verblieben war. Nach einem alten Pariser Aberglauben soll dieser barbarische Unsinn nämlich „Glück im nächsten Jahr" bringen. . . .

Also geschehen am Weihnachtsfest des Jahres 1931 und in einem Lande, das Anspruch darauf erhebt, Spitzenträger der Zivilisation zu sein.

Sechs Zentner Bernstein. . .

Die ungeheuren Stürme der letzten Tage auf der Ostsee haben den ostpreußischen Bernsteinfischern ein Geschenk an den Strand geworfen. Durch die Gewalt des Sturmes wurden die Wasser bis auf den Grund durchwühlt. Auf dem Meeresgrund ruhende Bernsteinlager wurden losgerissen und an die Küste geschwemmt. In der Nähe des ostpreußischen Seebades Cranz sind allein über sechs Zentner Bernstein gesammelt worden. Das größte und schönste Stück, das die Wogen an den Strand warfen, wiegt 520 Gramm.

Personenzug rast mit voller Wucht auf Güterwagen

Schweres Eisenbahnunglück bei Leipzig

Sieben Fahrgäste schwer-, 25 Personen leichtverletzt

Leipzig, 29. Dezember. Auf dem Bahnhof Kieritzsch bei Leipzig fuhr am Montagabend der Personenzug Leipzig—Hof auf mehrere im Bahnhof haltende Güterwagen auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sich ein Wagen auf den anderen schob. Dabei wurden sieben Personen schwer und 25 Personen leicht verletzt. Die verunglückten Passagiere waren teilweise von den Holz- und Eisenteilen des zersplitterten Waggons so eingeklemmt, daß sie erst nach Zersägen der Wände aus ihrer entsetzlichen Lage befreit werden konnten.

Während die leichter verwundeten Fahrgäste nach Anlegung von Notverbänden ihre Reise fortsetzen konnten, sind die Schwerverletzten, die zum größten Teil aus Leipzig stammen, im Krankenhaus von Zwenkau aufgenommen worden. Wie auf Anfrage von der Krankenhausleitung mitgeteilt wird, besteht nur bei zwei Patienten Lebensgefahr.

Als Ursache dieses Unglücks vermutet man, daß das Freifahrtzeichen für den Personenzug gegeben worden ist, ehe der Güterzug das Gleis freigemacht hatte. Der Lokomotivführer des Personenzuges, der im letzten Moment durch scharfes Bremsen seinen Zug zum Stehen bringen wollte, sagt aus, daß am hintersten Wagen des Güterzuges die Schlußlichter gefehlt hätten.

Primaner überfallen Studienassessor

Mit rußverschmierten Gesichtern und Revolvern . . .

Naumburg, 29. Dezember. Im Bahnhofsrestaurant in Naumburg wurden zwei Primaner festgenommen, die in den Abendstunden einen Studienassessor überfallen hatten, um ihn seiner Barschaft zu berauben. Sie konnten ihr Vorhaben jedoch nicht ausführen, weil sie durch Passanten vertrieben wurden.

Die beiden Schüler, die sich bei ihrem Raubüberfall die Gesichter mit Ruß verschmiert hatten, trugen bei der Verhaftung noch ihre Schußwaffen bei sich. Die Untersuchung ergab, daß die beiden bereits mehrere Ueberfälle und Einbrüche verübt haben. Wie es heißt, haben diese „hoffnungsvollen deutschen Jünglinge" trotz reichlichen Taschengelds ihrer wohlhabenden Eltern überall Schulden gemacht, die sie mit dem „Ertrag" ihrer Raubzüge zu bezahlen gedachten.

Seinen Vater erschossen

Der 21jährige Johann Fink aus Marburg erschoß im Verlauf eines Streites seinen Vater, einen Mann von 60 Jahren. Der Täter ist arbeitslos und lebte seit Juni bei seinen Eltern, nachdem er vorher neun Jahre in einer Erziehungsanstalt zugebracht hatte.

Bärenjagd in der Mark

In dem Forstrevier von Lüttenhagen bei Feldberg in der Mark erlegte ein Forstlehrling einen Waschbären, der entweder einer Farm entsprungen oder von einer umherziehenden Wandertruppe zurückgelassen ist.

„Faschistenland"

nennt sich das soeben im Internationalen Arbeiterverlag erschienene Buch von Dr. Lothar Wolf. Es ist eines der wenigen Reisebücher, das ein wahrheitsgetreues Bild über das heutige Italien vermittelt. Unverhüllt tritt die kapitalistenfreundliche Fratze der italienischen Faschisten und römischen Priester zutage. Ungeheuer ist die Not der unter der Wirtschaftskrise und Diktaturpolitik Mussolinis leidenden Arbeiter und Bauern. Andererseits aber, so berichtet der Verfasser, wächst die Empörung des unterdrückten italienischen Volkes gegen die faschistischen Diktatoren.

Das Buch ist reich illustriert und kostet kartoniert 2,80 Mark, gebunden 4,50 Mark.

Zwei Jungens beim Eislauf ertrunken

Verzweiflungskampf im Wasser

Striegau, 29. Dezember. Am Sonntag unternahm ein Erzieher des in Pilgramshain befindlichen Heil- und Erziehungsinstituts mit mehreren Jungen einen Spaziergang. Ein Junge ging auf das Eis des Blümel-Bruches und brach ein. Sein zehnjähriger Freund wollte ihn retten, versank aber ebenfalls in den Fluten.

Als der Erzieher die Hilferufe der Kinder vernahm, sprang er sofort ins Wasser, und es gelang ihm, die beiden Jungen zu fassen. Doch klammerten sich diese so an ihren Retter, daß alle drei zunächst untergingen. Nur dem Erzieher gelang es, wieder an die Oberfläche zu kommen. Er konnte in völlig erschöpftem Zustand gerettet werden. Die beiden Jungen, deren Eltern in Berlin wohnen, sind ertrunken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Erdbeben in Oberitalien

Am ersten Feiertag sind mehrere Ortschaften in Friaul von einem Erdbeben heimgesucht worden. In Artegna sind zahlreiche Häuser beschädigt worden.

Januarnummer des „Roten Aufbau"

B. v. Brentano, Prof. F. Halle, Edwin Hoernle, Hans Jaeger, Kurt Kersten, Alfred Kurella, Leo Lania, Peter Maslowski, Willi Münzenberg, Heinz Pol, Joh. Resch, Ernst Reinhardt, Rehm (ehemaliger Gauleiter der NSDAP.), Kurt Sauerland, K. A. Wittfogel . . .

. . . schreiben über Hitlers Verrat

Hitlers 25 Programmpunkte, was er davon verraten hat, was er beibehielt

Das findest du im Januarheft des „Roten Aufbau". Abonnementspreis 1,50 Mark (6 Hefte). Verlag „Der Rote Aufbau" Berlin W 8, Wilhelmstraße 48 III.

Arbeiterfäuste ans Ruder

Vier Seiten stärker, wie es angekündigt wurde, erscheint die neue AIZ, im neuen Jahr. Die erste Nummer des Jahrgangs 1932 weist den Weg, den die AIZ. im neuen Jahr gehen wird. Willi Münzenberg leitet die Nummer durch einen Artikel: 1932, ein neues Kampfjahr für Brot und Freiheit, ein. An 39 Werktätige verschiedener Berufe hat die AIZ. die Frage gerichtet, was sie über das neue Jahr denken. Wir kennen sie alle, sie sind mit uns einig. Schließt die rote Einheitsfront, so wie bisher, geht es nicht weiter. Die AIZ hat mit dieser Leistung der Arbeiterphotographen zum ersten Male das Photointerview in dieser originellen Form geschaffen.

Schlepper mit acht Matrosen gesunken

Schiffskollision auf der Themse

London, 29. Dezember. Bei einem schweren Schiffszusammenstoß zwischen dem amerikanischen 7000-Tonnen-Dampfer „American Trader" und dem englischen Schlepp. „Royalist" auf der Themse am Montagabend ertranken Acht Mann der Besatzung des Schleppers.

Der Schlepper wurde dabei in zwei Teile gespalten und sank sofort. Nur ein Mann der neunköpfigen Besatzung konnte gerettet werden. Während der ganzen Nacht wurde die Unglücksstelle abgesucht, ohne daß zunächst eine Spur des untergegangenen Schiffes zu finden war. Erst in den frühesten Morgenstunden gelang es, das Wrack festzustellen.

Um die „Würde" des Lübecker Gerichts

Zeuge in Kniehose und Wadenstrümpfe wird „belehrt"

Lübeck, 29. Dezember. Als in der Dienstagverhandlung im Lübecker Kindermordprozeß der Zeuge Dr. von Praun in oberbayerischer Tracht auftrat, glaubte der Vorsitzende die „Würde" des Gerichts verteidigen zu müssen.

Das geschah wie folgt:

Vors.: Ich möchte Sie bitten, in Zukunft nicht im Sportanzug vor Gericht zu erscheinen.

Zeuge: Das ist kein Sportanzug. Das ist ein Anzug, den ich Alltags und Sonntags trage. Das ist mein heimischer Anzug. (In steigender Erregung.) Ich lasse mir keine Vorschriften über meine Kleidung machen.

Vors.: Aber die Würde des Gerichts . . .

Zeuge: Das ist mir gleich. Wie ich bei Ausübung meines Berufs erscheine, so erscheine ich auch vor Gericht.

Vors.: Dem Ansehen des Gerichts zuliebe halte ich mich aber für verpflichtet, Sie zu bitten, in anderer Kleidung zu erscheinen.

Zeuge: Ich bin telephonisch geladen worden und hatte keine Zeit mehr, nach Hause zu gehen und mich umzuziehen.

Vors.: Na, schön, dann gilt das für die Zukunft. Aber den Ton, in dem Sie antworten, muß ich zurückweisen. Ich tue doch nur meine Pflicht, wenn ich Sie bitte, nicht in einer solchen Kleidung zu erscheinen, die die Würde des Gerichts verletzen könnte.

Sonderbare „Würde", die durch Kniehosen und Wadenstrümpfe „verletzt" werden kann . . .

Blumen auf sein eigenes Grab

Raffinierter Versicherungsschwindel aufgedeckt

Paris, 29. Dezember. In Lyon gelang es jetzt einem gerissenen Versicherungsschwindler auf die Spur zu kommen, er es ausgezeichnet verstanden hatte, seinen eigenen „Tod" zu inszenieren.

Nachdem er eine Lebensversicherung von 150 000 Frank auf den Namen seiner Freundin eingegangen war, schluckte er ein Dutzend Chinintabletten und legte sich ins Bett. Der Arzt stellte dann für 40 Franken den Totenschein aus.

Die Angestellten der Beerdigungsanstalt entfernten sich für ein gutes Trinkgeld aus dem Totenzimmer, und die Frau ließ ihren Freund aus dem Sarg verschwinden, an seiner Stelle wurde eine Puppe hineingelegt.

Der Mann lebte dann monatelang versteckt und tauchte später unter anderem Namen als neuer Verehrer der Frau auf. Er brachte regelmäßig jeden Sonntag Blumen auf sein eigenes Grab.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin